

autonomes

Blättchen

gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover

#3



Militärischer
Sicherheitsbereich

Unbefugtes Betreten verboten!
Vorsicht Schußwaffengebrauch!

Der Kasernenkommandant

Kriege feiern und Feste führen!

07.08. Sommerbiwak vermiesen!

autonomes
Blättchen
gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover



Inhaltsverzeichnis:

- Seite 1 : Editorial
- Seite 2 : Militarisierung ist mehr
als mehr Militär
- Seite 4 : Über Gemeinsamkeiten von
Militaristen und Nazis
- Seite 5 : DHL bleibt Deutsche
Heeres Logistik
- Seite 9 : Käfighaltung G8 2007
- Seite 9 : BKA-Überwachung von drei
Libertad-Aktivistinnen
illegal
- Seite 10 : Celler Trialog Aktionen
und Absage
- Seite 13 : Der Prozess gegen die
Boehringer-Besetzer_innen
- Seite 15 : Schlimmer geht immer -
das neue Niedersächsische
Versammlungsgesetz
- Seite 18 : Sommerbiwak 2010
- Seite 20 : Buchrezensionen
- Seite 21 : Aktion Farbe bekennen!

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Impressum:

Blättchen Nr. 3

Juli 2010

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail: autonomes.blaettchen@web.de

Post: Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1,
30167 Hannover

Einsendeschluss für 4. Ausgabe:

31.08.2010 (es sei denn es gibt vorher einen Prozess)

Im Internet zu Gast bei:

antimilitarismus.blogspot.de

ViSDP: Dieter Dengler, Waterloostr. 9,
Hannover

Editorial

Da sind wir wieder, und wir freuen uns sehr, dass ihr die dritte Ausgabe des autonomen Blättchens in den Händen haltet.

Diesmal gibt's tatsächlich einen neuen Verfahrensstand. Die Bullen haben an keinem der gefundenen Tatmittel, DNA des beschuldigten Antimilitaristen gefunden, bei der Auswertung seines Computers haben sie lediglich angebliche Verstöße gegen das Urheberrecht festgestellt und die beim Beschuldigten beschlagnahmten PET-Flaschen sind nicht der gleiche Typ wie der für die Brandsätze verwendete. Da es auf die Flaschen Pfand gibt und so ein Computer ja auch eine feine Sache ist, bleibt zu hoffen, dass die Schergen das beschlagnahmte Zeug bald wieder rücken. Die Anwältin hat dies sowie die Einstellung des Verfahrens jedenfalls beantragt. Das heißt entweder ist bald Schluss mit dem Verfahren oder Bullen und Staatsanwaltschaft saugen sich noch Gründe für eine Weiterführung aus den Fingern.

Wir werden euch auf jeden Fall auf dem Laufenden halten.

Bis dahin wünschen wir euch viel Spaß und Erkenntnis beim Lesen. In dieser Ausgabe gibt's erneut einen Bericht zur Repression gegen Aktivist_innen, die sich der Ansiedlung eines Boehringer-Forschungszentrums in Hannover, widersetzt haben.

Außerdem haben wir für euch den Entwurf des neuen Niedersächsische Versammlungsgesetz gelesen und die schlimmsten Verschärfungen zusammengefasst. Sowohl hierbei, als auch in einem Text des AK Antimilitarismus, wird einmal mehr die Bedeutung der Militarisierung der Gesellschaft für alle linken und linksradikalen Zusammenhänge deutlich. Der AK-Text und ein weiterer gehen außerdem auf Zusammenhänge von Faschismus und Militarismus ein und können durchaus auch als Beiträge zur „Antifadebatte auf Hannöversch“ gelesen werden.

Und neu und toll: zwei Buchrezensionen, damit ihr was zu lesen habt wenn die nächste Ausgabe mal wieder auf sich warten lässt.

Bleibt noch zu sagen, hoffentlich sehen wir möglichst viele von Euch auf der Straße, z.B. am 7. August wenn wir gemeinsam das Sommerbiwak vermiesen! Am 12. November wenn wir in Bordenau eines der größten Gelöbnisse der BRD stören! Oder vom 18. - 19. November wenn wir Hamburg anlässlich der Innenminister Konferenz unsicher machen!

Zum Biwak gibts Ausführliches in dieser Ausgabe.

PS: Kurz vor Redaktionsschluss erreichten uns zwei interessante Nachrichten. 1. Der Celler Dialog, der dieses Jahr in Kiel statt finden sollte, ist abgesagt. Trotzdem gibts in dieser Ausgabe noch etwas zu diesem Kriegstreiberforum. 2. Der Rosenpavillon im Stadtpark ist nun doch noch abgebrannt. Wie der bürgerlichen Presse zu entnehmen war, ist er in der Nacht zum 22.06. komplett in Flammen aufgegangen. 100.000 Euro Schaden sollen entstanden sein. Nicht zu letzt weil es diese Zeitung gibt da einem Genossen der gescheiterte Versuch den Pavillon anzuzünden vorgeworfen wird, können wir uns ein breites Grinsen nicht verkneifen. Ein Schreiben, dass sich gegen das Sommerbiwak richtet soll auch aufgetaucht sein. Leider hat uns aber nichts erreicht.

 <p>autonomes Blättchen gegen Repression und für antimilitaristische Praxis Hannover</p>
<p>Wir sind eine Unterstü- tzungsgruppe für staatlich verfolgte Antimilitarist_in- nen. Wir unterstützen Alle, die in der Region Hannover der Repression des kriege- rischen Deutschland ausge- setzt sind. Zur Zeit be- schäftigen wir uns mit den Folgen der Aktionen gegen das Sommerbiwak der Bundes- wehr 2009 im hannoverschen Stadtpark</p>

Ansonsten hat die Presse, den erneuten Brandanschlag dazu genutzt den im ersten Verfahren Beschuldigten als Täter abzustempeln. Die Staatsanwaltschaft verkündete, dass das LKA mit den Analysen zum ersten Verfahren fertig sei und in 6 Wochen die Ermittlungen abgeschlossen werden sollen. Dass sämtliche Analysen den Beschuldigten entlasten wird dabei selbstverständlich verschwiegen! Wenn es in 6 Wochen tatsächlich was Neues gibt, werden wir euch natürlich informieren.

Für die antimilitaristische Antirepressionsarbeit brauchen wir natürlich weiterhin viel Geld. Deshalb spendet bitte fleißig! Entweder gut verpackt an die Postadresse oder auf folgendes Konto:

Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr.: 0010 808 858
BLZ: 760 100 85
Stichwort: Biwak 09

Die Kohle wird ausschließlich für die Unterstützung von staatlich verfolgten Antimilitarist_innen verwendet!



Militarisierung ist mehr als mehr Militär

Warum Antimilitarismus kein Teilbereichskampf ist

Militarismus ist untrennbar mit patriarchalen und rassistischen Strukturen und Denkmustern verknüpft. Alles was in den letzten Jahren unter den Stichworten innere Sicherheit oder repressive Verschärfung zur Absicherung eines krisenhaften Kapitalismus thematisiert wurde, ist Teil der Militarisierung der Gesellschaft. Darüber hinaus ist Militarismus ein elementarer Bestandteil faschistischer Ideologie.

Das heißt für uns, dass eine radikale Kritik an Militarismus und Militarisierung feministisch / queer, antifaschistisch, antirassistisch und antikapitalistisch sein muss.

Wir wollen dies anhand von kurzen Beispielen begründen.

Dabei geht uns darum Zusammenhänge aufzuzeigen und nicht darum fertige Analysen zu präsentieren. Unser Ziel ist es, herauszustellen weshalb wir antimilitaristische Aktivität nicht als Teilbereichskampf gegen mehr Militär verstehen. Wir müssen insofern natürlich eingestehen, dass wir die Verknüpfungen zu den einzelnen Themenfeldern verkürzt darstellen.

Wir hoffen, dass wir Zusammenhängen, die sich nicht explizit als antimilitaristisch verstehen, Denkanstöße geben können und sie ihre Theorien, mehr in den Kontext der Militarisierung der Gesellschaft stellen.

Wir wollen entlang zweier Gedankenstränge die Bedeutung der Militarisierung für emanzipatorische Bestrebungen verdeutlichen.

1. Militarismus - die Ideologie der Ungleichheit

Militarisierung bedeutet zunächst die gesellschaftliche Durchsetzung von militärischen Prinzipien wie Gehorsam und Hierarchien.

Militarismus beruht auf einer hierarchisierten Weltsicht. Militarisiertes Denken benötigt eine klar geordnete Wertigkeit aller gesellschaftlichen Akteure und Ideen um die gewalttätige Durchsetzung der Interessen der/des als höherwertig Definierten zu legitimieren. Innerhalb militärischer Institutionen und Abläufe ist dies offensichtlich. Es gibt Befehlsgeber und Befehlsempfänger, Lebenswerte und Nichtlebenswerte, hinterhältige Terroristen und heldenhafte Soldaten. Doch dieses Konzepts frisst sich in alle gesellschaftlichen Bereiche und durchdringt das Denken. Unterteilungen und Hierarchisierungen wie Mann - Frau, Zivilisation - Barbarei, Deutscher - Ausländer, Befehls- oder Gesetzgeber - Untergebene sind Teil des militaristischen Konzeptes.

Militärisches Handeln ist zwar ökonomisch bedingt, doch Versatzstücke anderer Ideologien und Herrschaftsmechanismen, wie z.B. Rassismen und Sexismen, sind elementarer Bestandteil militaristischer Ideologie.

1.1. Die aktuellen Kriegseinsätze werden u.a. mit der Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten legitimiert. Diese Begründungen sind nicht als reiner Vorwand zu verstehen, um ökonomische Interessen durchzusetzen. Sie sind immer auch Ausdruck einer postkolonialistischen Weltsicht, die die eigenen Werte für überlegen hält.

Unabhängig davon, ob wir die westliche Demokratie für nachahmenswert halten, impliziert die Annahme, dass sie zu verbreiten sei, immer eine Hierarchie zwischen „dem Westen“ und „den Anderen“. Das Menschenbild, das sich u.a. in diesen Demokratisierungsbestrebungen ausdrückt weist in seinen Begründungsmustern unmittelbare Überschneidungen mit den Ideologien der Sklaverei und des Kolonialismus auf. Ausgangspunkt ist die Annahme, eine eigenständige Entwicklung „der Anderen“ sei unmöglich, weshalb aufklärerisch eingegriffen werden müsse. Damals waren „die Wilden“ angeblich nicht in der Lage, ein zivilisiertes (Über-)Leben zu führen und bedurften westlicher/weißer Führung. Heute bräuchten die Gesellschaften der sog. Schurkenstaaten die Befreiung/Hilfe des Westens, um Demokratie, Schulen und Brunnen aufzubauen.

Dieser postkolonialistischen Ideologie dienen die westlichen Werte nicht nur als Vorwand - sie sind gleichzeitig ein integraler Bestandteil. Somit sind postkoloniale Rasismen untrennbar mit dem westlichen Militarismus verknüpft sind. Dieser Zusammenhang sowie die Militarisierung der Flüchtlingspolitik (z.B. Schengener Informationssystem SIS, Frontex), bedeuten für uns, dass Antirassismus und Antimilitarismus zusammen gedacht werden müssen.

1.2. Das Militär als traditioneller Männerbund inszeniert sich und seine Männlichkeit in den entsprechenden Ritualen, Idealen und Hierarchien.

Der 1957 wiedereingeführte Wehrdienst wirkte u.a. als Basis für be- und entstehende Männerbünde, da er als kollektiv-konstituierendes Moment zur Schaffung eines Werte- und Erfahrungskanons beitrug, durch das die Selbstdefinition als Mann gefordert und gefördert wurde. Auch heute noch stellt sich die Bundeswehr in ihren Werbevideos gerne als großes Abenteuer in guter Kameradschaft dar. Auch der erweiterte Handlungsrah-



men, durch ausdifferenzierte Geschlechterbilder, in dem sich Subjekte heute bewegen können, wie z. B. Zivildienst leistende Männer, Frauen in Kampfverbänden, reproduziert die bipolare Geschlechterordnung nur zeitgemäßer. Dem Militär kommt, durch die Legitimierung und Legalisierung von Gewalt als Form der Auseinandersetzung, weiterhin ein enormer Teil der Aufrechterhaltung und Bildung einer Gewalt ausübenden Männerrolle zu. Die Militarisierung der Gesellschaft ist nicht von einer allgemeinen patriarchalen Zurichtung zu trennen. Einerseits verstärkt Militarisierung immer eine patriarchale und bipolare Geschlechterordnung, andererseits benötigt sie diese Struktur auch um Kriege zu rechtfertigen.

Eine Gesellschaft, die bereit sein soll Kriege zu führen, muss darauf eingestimmt werden, dass Gewaltanwendung nicht nur nötig, sondern von Soldaten (und auch Polizisten), ausgeführt sogar wünschenswert bzw. heldenhaft sei. Zur Rechtfertigung von Kriegen ist es immer wieder nötig andere Standpunkte, Lösungsansätze und Probleme auszublenden. Komplexe Strukturen müssen als einfache Widersprüche wahrgenommen werden, damit am Ende einer Überlegung nur eine Lösung möglich ist: Krieg. Dies geschieht durch die Herstellung vermeintlicher Dualismen. Es gibt nur Frauen und Männer, Demokratie bzw. Menschenrechte und islamistische Diktatur, die Wilden und den Westen, Zivilisation und Barbarei. Staatliche Gewalt wird durch die Herstellung dualer Pole als legitimes Mittel zur Lösung gesellschaftlicher oder zwischenstaatlicher Konflikte angesehen. Konflikte bestehen aber nicht aus zwei Polen sondern sind nur innerhalb komplexer Verflechtungen nachvollziehbar. Zudem gehen sexualisierte Gewalt und Kriegseinsätze schon immer Hand in Hand. Das Aufeinandertreffen bewaffneter Männerhorden beinhaltet, dass der Besitz- und Herrschaftsanspruch der jeweilig Anderen gebrochen werden soll. Weil dieser Besitzanspruch sowohl die Verfügungsgewalt als auch eine Schutzmaßnahme für bzw. über die „eigenen Frauen“ beinhaltet, sind die Erniedrigung der Zivilbevölkerung des Gegners und Vergewaltigungen von Zivilistinnen und Soldatinnen in allen Kriegsgebieten an der Tagesordnung. Doch auch sexualisierte Gewalt gegen männliche Gefangene passt sich in dieses Bild ein. Beschwörungsformeln, wie die der Befreiung der Frauen aus der islamistischen Diktatur, verdecken sowohl diese Zusammenhänge als auch die patriarchalen Verhältnisse im eigenen Land.

Die aus der bipolaren Geschlechterordnung resultierenden Gewaltverhältnisse und deren direkter Bezug zu Militarismus lassen nur einen Schluss zu: Geschlechterrollen und Militär angreifen, aufweichen, auflösen!

1.3. Sowohl Faschismus im allgemeinen als auch der Nationalsozialismus im

Besonderen sind ohne die Verinnerlichung und Durchsetzung militaristischer Prinzipien nicht erklärbar. Dies trifft nicht nur auf den zugespitzten Nationalismus und die kriegerische Aggressivität zu.

Faschismus bedeutet u.a. auch die Ausweitung des Befehl- und Gehorsam-Konzeptes auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Die Entstehung der NSDAP ist ohne den deutschen Militarismus bzw. das deutsche Militär nicht denkbar. Im Nationalsozialismus vollendeten Militär, Partei, Wirtschaft und Bevölkerung die Hierarchisierung von lebenswert und nicht lebenswert mit beispielloser Konsequenz. Millionen jüdische, behinderte, schwule, linke und viele weitere Menschen wurden als „Volksschädlinge“ identifiziert und vernichtet.

Als die Überlebenden des KZs Buchenwalds schworen „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ war ihnen der untrennbare Zusammenhang von Faschismus und Militarismus bewusst.

Die sogenannten Lehren, die aus dem Nationalsozialismus gezogen wurden bezogen sich allesamt auf Einschränkungen der Militarisierung der Gesellschaft. Doch die BRD konnte sich dieser sogenannten Lehren sowie auch der von Außen auferlegten Beschränkungen mittlerweile entledigen. Seit der Wiedervereinigung ist Deutschland wieder ein „normaler Staat“ geworden. Das Trennungsgebot von Geheimdiensten und Polizei ist spätestens mit dem neuen BKA-Gesetz vollends abgeschafft. Seit dem Angriff auf das ehemalige Jugoslawien 1999 führt die BRD, ungeachtet grundgesetzlicher Verbote, wieder Angriffskriege. Seit diesem Jahr wird dies sogar vom Verteidigungsminister „umgangssprachlich,“ so ausgesprochen. Dass der Einsatz der Bundeswehr im Innern längst Realität ist, dürfe wohl jedem jeder, der die rund um Heiligendamm 2007 von Tornados und Spähpanzern überwacht wurde, in Erinnerung sein. Mit der, in diesem Jahr abgeschlossenen, Etablierung einer 5.300 Soldaten umfassenden Verbindungskommandostruktur in jeder Stadt, erreicht dies allerdings nochmal eine neue Qualität. Diese Verbindungskommandos sollen den Einsatz der Bundeswehr im Innern bei Katastrophen und Krisen koordinieren und die Bundesregierung schließt ihren Einsatz gegen Streiks sowie Demonstrationen explizit nicht aus.

Sowohl die Entledigung der BDR von allen Konsequenzen des Faschismus als auch die elementare Stellung des Militarismus innerhalb faschistischer Ideologie muss zu einer weitergehenden Auseinandersetzung antifaschistischer Gruppen mit diesem Thema führen.

2.Militarisierung - der Angriff auf Selbstbestimmung und Emanzipation

Insgesamt bedeutet Militarisierung also eine ideologische Verdichtung verschiedener Herrschaftsmechanismen bzw. allgemein eine autoritäre Formierung der Gesellschaft.

Militarismus steht Emanzipation somit antagonistisch gegenüber.

Wir wollen an dieser Stelle aber nochmal, die bisher eher angedeutete, praktische Unmöglichkeit, auf dem Weg zur Emanzipation, am Militär vorbei zu kommen, verdeutlichen.

Offensichtlich wird dies z.B. daran, dass der einstige Auftrag der Bundeswehr, der unter dem Begriff der „Verteidigung“ lief, durch den der „Schaffung von Sicherheit“ abgelöst wurde. Dabei ist nicht die Sicherheit der Lebensbedingungen des Großteils der Menschen gemeint, die sowohl innerhalb der BRD als auch weltweit mit immer größerer Unsicherheit ihrer Arbeits- und (Über-)Lebensbedingungen konfrontiert sind. Die gemeinte „Sicherheit“, soll die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Staatlichkeit im westlichen Verständnis garantieren. Somit ist alles was den reibungslosen Ablauf kapitalistischer Wertschöpfung oder die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols bzw. global die Vormachtstellung der sog. westlichen Staatengemeinschaft gefährdet, eine Bedrohung der Sicherheit.

Es kann nicht um die Ursachen vermeintlicher oder tatsächlicher Missstände gehen, da eben genau das zu schützende System die Konflikte zugrunde liegenden Ungleichheiten sowie die wiederkehrenden Krisen hervorbringt. Deshalb wird Sicherheit durch ein militärisches Krisenmanagement aufrecht erhalten. Wir befinden uns längst in einem räumlich und zeitlich entgrenzten Kriegszustand. Dies bedeutet selbstverständlich nicht nur für die Menschen in Afghanistan oder die militärisch abgewehrten Flüchtlinge die Unmöglichkeit von Selbstbestimmung. Auch innerhalb der EU und der BRD muss diese Sicherheit aufrecht erhalten werden. Alles was in den letzten Jahren unter den Stichworten Innere Sicherheit oder repressive Verschärfung thematisiert wurde, ist Teil der Militarisierung der Gesellschaft.

Das geht weit über die erwähnten Inlandseinsätze der Bundeswehr oder die Etablierung von Verbindungskommandos hinaus. Die Bundeswehr übt z.B. auf dem Gefechtsübungszentrum Altmark bei Magdeburg sog. Crowd and Riot Control im urbanen Raum, also die Niederschlagung von Streik- und Aufstandsbewegungen in westlichen Metropolen. In der Feldjägerschule in Hannover werden Greiftruppen, nach dem Vorbild der uns bekannten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten BFE der Polizei, ausgebildet. Doch auch die Zusammenlegung der Geheimdienste und der Polizei, die Vorratsdatenspeicherung, die biometrische Datenerfassung im Pass, die neuen restriktiven Versammlungsgesetze, die verschärfte Repression gegen „Linksextremisten“ uvm. sind Teil der Militarisierung von Gesellschaft.

Die Militarisierung bedeutet also einhergehend mit der autoritären Formierung auf ideologischer Ebene, konkrete und

praktische Hindernisse für emanzipatorische Bewegungen. Dies ist auch nur logisch, den schließlich bekämpfen wir, die radikale Linke, genau das was mit der produzierten Sicherheit geschützt werden soll.

Dass Militarismus ein selbstbestimmtes Leben in zweifacher Hinsicht verunmöglicht, sollte Grund genug sein, dass sich die radikale Linke mehr damit beschäftigt. Erstrecht da die Breite des Angriffs auch das Verbinden verschiedener sogenannter Teilbereiche ermöglichen würde.

AK Antimilitarismus Hannover



Über Gemeinsamkeiten von Nazis und Militaristen

Dieser Text beschäftigt sich nur mit der patriarchalen Zurichtung von Männern. Auf eine geschlechterneutrale Schreibweise wurde daher logischerweise verzichtet. Über die patriarchale Zurichtung von Frauen soll, kann, wurde und wird an anderer Stelle geschrieben werden. Auf die Tatsache, dass sich auch Frauen in „klassischen Männerbünden“ beim Militär oder in Nazizusammenhängen wohlfühlen, wird hier nicht näher eingegangen. Desweiteren wird sich nur auf die Situation in Deutschland bezogen. An manchen Orten dieser Welt mag es Ähnlichkeiten geben, an anderen möglicherweise auch Unterschiede.

Im Zusammenhang der innerlinken „Antifadebatte auf hannöversch“ ist unter anderem ein Beitrag der Gruppe „Beauftragte der Selbstorganisation für antimilitaristische Praxis und Aufstand (BeaSoaPA) Hannover“ erschienen, der die Unterschiede von Antifa-Arbeit und Antimilitarismus-Arbeit betont hat. Dem Beitrag soll an dieser Stelle diesbezüglich widersprochen werden und es sollen stattdessen die Gemeinsamkeiten von Nationalsozialismus und Militarismus, beziehungsweise die der jeweiligen Akteure heute - von Nazis und Militaristen - betrachtet werden.

Beiden ist zunächst in der Erscheinungsform ihrer Akteure ein deutlicher Hang zur Nation und zum Nationalismus sowie zum völkischen Denken und Fühlen zu eigen, der sich als Überhöhung einer konstruierten Gemeinschaft darstellt und eine Abwertung des einzelnen Individuums beinhaltet, ganz nach dem Motto: „Du bist nichts, dein Volk ist alles.“ Opferbereitschaft für die eigenen Kameraden und Pflichterfüllung bis hin zur eigenen

Selbstaufgabe sind Eigenschaften, die Akteure des Nationalsozialismus und solche des Militarismus mit Hingabe erfüllen, um nicht als Individuen mit sich selbst konfrontiert zu sein. Daraus ergibt sich auch die Vorliebe für Hierarchien und klare Befehl-Gehorsam-Strukturen, die den Teilnehmern beider Gruppen zu eigen ist. Die Form der Kommunikation ist dementsprechend ebenfalls eher als verbindendes Element zwischen diesen beiden Akteuren zu sehen: der gebellte Befehl oder das stille Einverständnis und Sich-ohne-Worte-verstehen ist dieser Art von Menschen lieber und angenehmer als die Streitkultur einer konflikthaften, unübersichtlichen und womöglich noch ergebnisoffenen Debatte, was von Nazis und Militaristen oftmals eher als „Geschwätz“ verächtlich gemacht wird. Klare Entscheidungen einer souveränen Macht werden gegenüber einer Vielfalt gleichberechtigter Positionen und Personen bevorzugt. Daraus ergibt sich die Selbstwahrnehmung und der Habitus des aktiven, handelnden Soldaten (was nicht ausschließlich als Berufsbezeichnung verstanden werden darf!) gegenüber dem passiven, zögerlichen und womöglich zweifelnden Zivilisten und Bürger. Schon Carl Schmitt, der „Kronjurist des Dritten Reiches“ und theoretischer Wegbereiter der Nationalsozialisten, der inzwischen auch hemmungslos wieder von Konservativen rezipiert wird, hat diese Gegenüberstellung des Soldaten und des Bürgers als „Freund-Feind-Unterscheidung“ zugespitzt, was seinerzeit Anfang der 30er Jahre als unbedingtes Eintreten für den totalen Staat und seiner Forderung nach einer Diktatur – mit den bekannten Folgen der Herrschaft der Nationalsozialisten, dem 2. Weltkrieg und der auch physischen Vernichtung Andersdenkender und aller als anders Definierten und damit aus der „Volksgemeinschaft“ Ausgeschlossener in der Shoah – gipfelte.

Der Rassismus und der damit verbundene Ausschluss von jenen, die als anders definiert werden, stellt daher ein weiteres verbindendes Element von Nazis und Militaristen dar: zur Aufwertung der eigenen Person wird etwas, das als eigenes definiert wird, über etwas, das als anders definiert wird, gestellt – eine Betrachtungsweise der Welt, die dem an Hierarchien gewöhnten Mensch nicht fremd ist, sondern notwendig erscheint und sich außerdem noch ganz gut mit den völkischen und nationalen Einstellungen dieser Leute verträgt. Als verbindendes Element besteht darüber hinaus noch bei beiden Gruppen eine wahnhaft paranoide Grundeinstellung der Welt gegenüber, die sich als Antisemitismus manifestieren kann und oftmals auch äußert. Die paranoide Grundhaltung – die oftmals mit einem Hang zu Waffen, zur Selbstbewaffnung und zur Umbildung des eigenen Körpers als „Kampfmaschine“ einhergeht – kann man nur als Angst begreifen. Angst wovor?



Letztendlich – so die These dieses Beitrags – besteht die Angst in der Furcht vor Weiblichkeit, in der Furcht vor dem drohenden Matriarchat, dem drohenden (Gefühls-)Chaos, den ei-

genen Anteilen von Weiblichkeit und der Weiblichkeit der Frauen gegenüber sowieso. Männlichkeit und damit verbundene Attribute wie hart, aktiv, etc. werden überbetont um nicht als „weibisch“ zu gelten. Sämtliche der Weiblichkeit zugeschriebenen Attribute wie weich, passiv, etc. werden von diesen Akteuren abgelehnt und sowohl innerlich als auch äußerlich verworfen und verfolgt. Ein gewaltiger und gewalttätiger Antifeminismus ist die Konsequenz und das Mittel zum Zweck der Erhaltung einer patriarchalen Gesellschaft von Männern und das stärkste Band zwischen Nazis und Militaristen. Die (freiwillige) Zurichtung von Männern als „echte Männer“ dient der Unterdrückung von Weiblichkeit, der Unterdrückung von Frauen und damit der Aufrechterhaltung des Patriarchats als einem Zwangssystem der Herrschaftsstabilisierung. Beispiele für die sadistische und häufig sexualisierte Erniedrigung von Untergebenen oder solchen, die in den Kreis „echter Männer“ aufgenommen werden wollen und sich zunächst einem Männlichkeitsritus unterwerfen mussten, gab es in der Bundeswehr nicht zufällig in den letzten Jahren, in denen die Bundeswehr und ihre Akteure sich überall auf der Welt als „echte Männer“ beweisen müssen, zuhauf und es waren auch nicht zufällig oft Symbole der Nazis mit im Spiel.

In der patriarchalen herrschaftsstabilisierenden Funktion, die Nazis und Militaristen gleichermaßen für (oder besser gegen) die Gesellschaft erfüllen, nämlich alles dafür zu tun, damit sich an den Herrschaftsverhältnissen, an den Grundstrukturen der Gesellschaft nichts ändert, zeigt sich die größte Übereinstimmung zwischen Nazis und Militaristen, die schlicht als gegen-, als konterrevolutionär bezeichnet werden darf. Die Gesellschaftsform mag parlamentarisch-demokratisch, faschistisch oder monarchisch sein – all dies stellen verschiedene „Spielarten“ bürgerlicher Herrschaft dar –, die bürgerlich-patriarchale Herrschaft wird jedoch nicht erschütterter, sondern auf jeden Fall aufrechterhalten (für die Betroffenen, die unter den jeweiligen Bedingungen leben müssen, sind die Unterschiede hingegen zweifelsohne eklatant!). Die Verhinderung von jeglicher Emanzipation ist es also, was diese Männer miteinander verbindet.

Diese Gemeinsamkeiten legen nahe, dass in Zeiten einer gesellschaftlichen Zuspitzung, einer drohenden Revolution, Chaos, einer Erhebung von Frauen und einer Entmachtung von Männern die heute bestehende Abgrenzung zum faschistischen Weltbildern schnell verwischen könnte. Die Gemeinsamkeiten der Teilnehmer beider Gruppen erscheinen mir insgesamt wirkmächtiger, als mögliche Unterschiede.

Anmerkung: Das Militär in einer parlamentarischen Demokratie ist nicht vergleichbar mit der Zielsetzung und der Praxis der Nazis 1933-1945 und die Verbrechen der Nazis sollen an dieser Stelle keineswegs verharmlost werden, indem sie mit der Praxis des Militärs heute gleichgesetzt werden (Dass das Militär damals der Herrschaftssicherung der Nazis gedient hat, dürfte inzwischen bis in weite Kreise der Bürgerlichen Öffentlichkeit spätestens seit der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ Konsens sein.). Es geht weniger darum, die Intensität beider Akteure miteinander zu vergleichen, als auf die strukturellen Ähnlichkeiten hinzuweisen und diese in den Fokus zu nehmen und den humanistischen Mantel, den sich das Militär in diesem Land umgelegt hat, wieder abzunehmen und an den Nagel zu hängen. Das Militär hat auch in einer parlamentarischen Demokratie eine antiemanzipatorische Funktion (und einen antiemanzipatorischen Habitus erst recht), und in erster Linie eine - den Kapitalismus und das Patriarchat - systemstabilisierende Funktion.

Jan Nebel

DHL bleibt Deutsche Heeres Logistik - Zwischenbewertung der Kampagne

Nach über einem Jahr ungewöhnlich offensiver Aktivitäten gegen den Kriegslogistiker Deutsche Post DHL und nach über einem Jahr wirtschaftlicher Flaute zieht die DHL ihre Bewerbung für das umfangreichste Privatisierungsvorhaben der Bundeswehr zurück. Nach Financial Times Deutschland-Informationen gab es in den DHL-Gremien kein grünes Licht für ein Angebot, „weil die mit dem Auftrag verbundenen Risiken als zu groß galten.“ Es ging um den Betrieb von Bundeswehr-Depots und den weltweiten Transport von Kriegsgerät in die Einsatzgebiete. Allerdings können sich Branchenexperten vorstellen, dass das Bundesverteidigungsministerium das Angebot noch einmal verbessert und die Ausschreibungsfrist wie bereits zuvor noch einmal verlängert - „dann würde es sich Appel wohl noch einmal überlegen.“ Das heißt, obwohl wir den derzeitigen Rückzieher der DHL in dieser Bewerbung und die damit verbundene Irritation und abermalige Verzögerung beim Privatisierungsprojekt der Bundeswehr-Logistik ausdrücklich begrüßen, sollte dies nur als erste Etappe gefeiert werden. Dieser Rückzieher darf weder leichtfertig als definitiv gewertet werden noch darf das militärische Engagement der Deutschen

Post DHL jenseits dieses Vertrags vernachlässigt werden. Weiterer Druck scheint somit dringend notwendig. Das Kampagnenziel lautet unbeeindruckt von allen Zögerlichkeiten „vollständiger Rückzug aus der Kriegslogistik“. Solange Konzernchef Appel bei seiner Haltung bleibt, dass Bundeswehr und NATO Kunden wie jeder andere auch seien und solange sich diese Haltung in Kriegseteiligung an der Seite der NATO-Kampfeinheiten in Afghanistan und Irak ausdrückt, solange sollte die Imagebeschmutzungskampagne offensiv fortgeführt werden.[...]

Der Rückzieher der Deutschen Post DHL aus der Bewerbung um den 10-Jahres-Vertrag mit der Bundeswehr ist ein guter Zeitpunkt für eine Zwischenbewertung der Kampagne Comprehensive Resistance. Es ist gelungen, die so genannte zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) exemplarisch (be-)greifbar und angreifbar zu machen. Das militärische Engagement der Deutschen Post DHL hat aufgrund der bisherigen, zum Teil sehr heftigen Angriffe gegen den Konzern im Rahmen dieser Kampagne eine breite Öffentlichkeit erreicht. Wurde jahrelang jegliche Öffentlichkeit über die aktive Kriegsunterstützung des Konzerns aktiv unterdrückt, so steht das Kürzel DHL mittlerweile in weiten Kreisen für „Deutsche Heeres Logistik“ - begünstigt durch den Umstand, dass kaum jemand die tatsächliche Herleitung des Firmenkürzels über die Nachnamen der ursprünglichen Unternehmensgründer Dalsey, Hillblom und Lynn kennt.

Die Medien beziehen sich seit der zweiten Jahreshälfte 2009 in der Berichterstattung direkt auf die Kampagnenziele, ordneten die Geschehnisse selbständig in den Kampagnenkontext ein und veröffentlichten zur Dokumentation der Kontinuität der Kampagne eine Chronologie der Aktionen gegen die Deutsche Post DHL - obwohl die Polizei bemüht ist, zahlreiche Aktionen als wenig zielgerichtete „Angriffe auf ein Logistikunternehmen“ zu diffamieren. So führt beispielsweise der Generalanzeiger in Bonn (Firmensitz der Deutschen Post DHL) am 20.11.2009 nach allgemein verständlichem Titel: „Antimilitaristen zünden bundesweit DHL-Fahrzeuge an. Brandanschläge machen Post zu schaffen - Hintergrund ist das Engagement der Bonner in Afghanistan“ detailliert aus, was Kriegsgegner mit ihren Aktionen gegen welche Form der Kriegseteiligung des Konzerns bezwecken wollen.

In einer Aktions-Erklärung aus Lüneburg [...] heißt es zur „Beharrlichkeit“ der Kampagne: „Konnte mensch anfangs noch befürchten, dass die Kampagne vor allem dank der Einbettung in die Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Straßburg so stark in Schwung kam, hat sich inzwischen eine schöne Beharrlichkeit gezeigt. Der Gipfel ist vorbei, die Aktionen gegen die DHL gehen weiter. Neben Öffentlichen Kundgebungen bei der DHL wurden Postzentren, Paketautomaten und Briefkästen olivgrün oder blutrot

gefärbt und in mehreren Städten wurden zahlreiche Transportfahrzeuge des Kriegslogistikunternehmens unschädlich gemacht. Die Kampagne ist zu einem unübersehbaren Strang der antimilitaristischen Praxis in der Deutschland geworden.“

Die außergewöhnliche Qualität der Kampagne liegt unserer Meinung nach im hohen Verbreitungsgrad, mit dem sich antimilitaristische Aktive an den unterschiedlichsten Orten in Deutschland beteiligen. Wir halten den klaren, militanten Standpunkt, den die Kampagne einnimmt angesichts der starken Ausweitung von zivil-militärischer Zusammenarbeit bis hin zur Privatisierung von Kriegsführung für absolut notwendig. Wir regen an, die exemplarische Kritik an der Deutschen Post DHL (und anderen KriegsunterstützerInnen) noch breiter in die Öffentlichkeit zu tragen und die gute Vermittelbarkeit und Wiedererkennbarkeit antimilitaristischer Positionen am Beispiel der Deutschen Post DHL weiter zu nutzen. [...]

Die aktuellen Bewerber um den Bundeswehr-Auftrag

Wir stellen nun die derzeit noch zwei verbliebenen Bewerber um den zuvor beschriebenen Zehnjahresvertrag mit der Bundeswehr vor. (1) Ein Gemeinschaftsunternehmen aus dem Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS und dem Logistikunternehmen Hellmann sowie (2) die Bahn-Tochter Schenker in Kooperation mit dem Rüstungsspezialunternehmen ESG.

Das Bündnis EADS-Hellmann vereint Kenntnisse aus der Rüstung und aus der Logistik. Hellmann gehört mit 2,87 Mrd. Euro Umsatz und 8900 Beschäftigten (2008) zu den zwanzig weltgrößten Logistikkonzernen. Das Unternehmen ist bereits seit 2002 Gesellschafter in einem Privatisierungsbündnis für Bundeswehr-Bekleidung. Die Hellmann Worldwide Logistics GmbH & CO. KG ist ein weltweit operierendes Logistikunternehmen mit Sitz in der Elbestraße 1 in 49090 Osnabrück. Bis 1999 hieß das Unternehmen Gebr. Hellmann. Gegründet wurde Hellmann im Jahr 1871 von Carl Heinrich Hellmann als Ein-Mann-Fuhrwerkbetrieb. Heute leiten dessen Urenkel Klaus Hellmann und Jost Hellmann in der vierten Generation das Familienunternehmen. Hellmann beschäftigt heute über 8900 Mitarbeiter in 210 Niederlassungen in mehr als 45 Ländern; werden die Partner von Hellmann miteingeschlossen ergeben sich 16.500 Mitarbeiter in 443 Niederlassungen in 157 Ländern. Im Jahr 2006/2007 wurde Hellmann zum „Best Global Logistics Provider“ ernannt; im Jahr 2008 hat das Unternehmen einen Umsatz von 2,87 Milliarden Euro gemacht und zählt zu

den 20 größten Logistikunternehmen weltweit. Nach eigenen Angaben besitzt Hellmann weltweit 5000 LKW sowie Kooperationen mit 50 Schifffahrtsgesellschaften und 55 Airlines. Hellmann arbeitet neben dem weltweiten Transportgeschäft mit Luftfracht, Seefracht, Luftseefracht, Straßenfracht und Zollabwicklung auch im Bereich Kurier- und Expressdienste, Consulting, IT-Dienstleistungen und Spezialdienste wie zum Beispiel Krankenhauslogistik, Modelogistik oder Bundeswehrbekleidung. Hellmann führt auch Geschäfte in Afghanistan, Irak und anderen Krisen- und Kriegsgebieten.

Die Führungsebene von Hellmann ist aufgeteilt in ein Main Board, ein European Board und ein International Executive Board. Das Main Board besteht aus Mark Hellmann, Jost Hellmann, Klaus Hellmann, Manfred Fischer und Karl Engelhard. Das European Board besteht aus Karl Engelhard, Manfred Fischer, Hartmut Krehenbrink, Stefan Wimmer, Jürgen Burger, Felix Scherberich, Jost Hellmann und Klaus Hellmann. Im International Executive Board befinden sich Jens Tarnowski, Mark Hellmann, Klaus Hellmann, Manfred Fischer, James Gootee, Jost Hellmann, Roger Häussler. Die Brüder Klaus und Jost Hellmann sollen laut ManagerMagazin ein Privatvermögen von 1,15 Milliarden Euro besitzen. Hellmann gibt sich als verantwortungsvolles, umweltbewusstes und soziales Unternehmen, das nachhaltig wirtschaftet und den CO2-Fußabdruck möglichst klein halten möchte. Der in den Jahren 2007 und 2008 erschienene „Nachhaltigkeitsreport“ der Firma vermittelt ein Bild eines sauberen, umweltbewussten Unternehmens, das sich unter anderem

sozial an Osnabrücker Schulen engagiert und sich das Motto „Verantwortung für die Zukunft – Im Mittelpunkt steht der Mensch“ auf die Fahnen geschrieben hat. Hellmann nutzt verschiedene Public-Private-Partnerships mit Schulen und Gemeinden – besonders in der Stadt Osnabrück – um ein soziales und umweltfreundliches Image zu bewahren. Neben dem Hauptsitz in Osnabrück, großen Niederlassungen in Bremen, Hannover und Hamburg, finden sich in vielen deutschen Städten kleinere Niederlassungen von Hellmann.

In den Geschäftsbereich Spezialdienste von Hellmann gehört auch die Krankenhauslogistik. Diese schließt Botendienste, Wirtschaftstransporte und Patiententransporte mit ein und zielt auf die „laufende Optimierung sämtlicher Personen- und Güterströme“ ab. So zum Beispiel mit der Klink-Logistik Hamburg-Eppendorf GmbH, der Charite CFM Facility Management GmbH in Berlin oder der



vdh Health Care Services, ein Partnerunternehmen von Vamed, Dussmann und Hellmann.

Hellmann macht mindestens seit dem Jahr 2001 Geschäfte mit der Bundeswehr. Damals erhielt Hellmann zusammen mit der Unternehmensberatung Mummert + Partner unter der Bezeichnung „Pilotprojekt 9.2“ den Auftrag zur Schaffung eines Verkehrs- und Transportverbundes der Bundeswehr. Das Projekt wurde nach zweijähriger Laufzeit im Jahr 2003 abgeschlossen.

Im Jahr 2002 gründete Hellmann Worldwide Logistics GmbH zusammen mit dem Arbeitsbekleidungshersteller Lion Apparel Deutschland GmbH die LH Bekleidungs-gesellschaft mbh (LHB). An ihr halten die Lion Apparel Deutschland GmbH und Hellmann gleich große Anteile. Ziel der LH Bekleidungs-gesellschaft war es zusammen mit der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (GebB) die LH Bundeswehr Bekleidungs-gesellschaft mbh (LHBW) als Public Private Partnership zu gründen. Die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (GebB) gehört zu 100 % dem Bund und wurde im Jahr 2000 vom damaligen Verteidigungsminister Rudolf Scharping zur Privatisierung von zivilen Teilen der Bundeswehr gegründet. Sie verwaltet für die Armee unter anderem Liegenschaften, betreibt das Flottenmanagement sowie die Bekleidungswirtschaft, berät in IT-Fragen und stellt somit quasi den betriebswirtschaftlichen Arm der Bundeswehr dar. So gründete die GebB auch im Jahr 2002 gemeinsam mit der Deutschen Bahn

die BWFuhrparkservice GmbH, welche den gesamten zivilen Fuhrpark der Bundeswehr verwaltet. Die LH Bundeswehr Bekleidungs-gesellschaft mbh (LHBW) gehört zu 25,1 % der GebB und zu 74,9 % der LH Bekleidungs-gesellschaft (Lion Apparel und Hellmann). Nach eigenen Angaben versorgt LHBW „250.000 Soldaten und 100.000 zivile Mitarbeiter mit Bekleidung und persönlicher Ausrüstung sowie mit Schutz- und Dienstbekleidung“ und beschäftigt über 3000 Mitarbeiter. Sie übernahm von der Bundeswehr 21 Bekleidungs-zentren, 171 Bekleidungs-kammern sowie Warenbestände in Höhe von 625 Mio. Euro und ist seither für die Lagerung und Zuteilung sowie die betriebswirtschaftliche Verwaltung der Uniformen der Bundeswehr zuständig. Das Vertragsvolumen beträgt ca. 1,7 Mrd. Euro bis zum Jahr 2014. Die LH Bundeswehr Bekleidungs-gesellschaft hat eine 100% Tochtergesellschaft gegründet die LH Dienstbekleidungs GmbH (LHD), welche Drittgeschäfte außerhalb der Bundeswehr akquirieren soll. Die LH Dienstbekleidungs GmbH (LHD) rüstet nach eigenen Angaben auch Teile der Bundespolizei und der US Army aus.

Hellmann unterstützt schon jetzt nicht nur durch Ausrüsten und Bekleiden von Bundeswehr, Bundespolizei und US Army mittels ihrer Tochtergesellschaften LH Bundeswehr Bekleidungs-gesellschaft (LHBW) und LH Dienstbekleidungs-gesell-

schaft (LHD) das Führen von Kriegen, sondern tritt auch regelmäßig beratend in kriegsvorbereitenden Konferenzen von Militär und Wirtschaft auf. So sprach zum Beispiel Matthias Magnor, Gesamtleiter European Logistics Concept von Hellmann Worldwide Logistics am 13. Januar 2010 in Mainz vor 60 Vertretern aus Militär, Politik und Wirtschaft beim Auftakt für einen Sicherheitspolitischen Dialog der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT) zum Thema „Streitkräftelogistik im Wandel der Zeit“. Ein paar Monate davor sprach Karl Engelhard, Generalbevollmächtigter von Hellmann, auf dem Verteidigungslogistik-Forum im Rahmen der 6. Handelsblatt Konferenz zu Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie am 15. und 16. September 2009 in Berlin. Ein weiterer Bewerber ist das Tochterunternehmen der Bahn DB Schenker, ein bereits weltweit agierendes Mobilitäts- und Logistikunternehmen. Neben DB Bahn und DB Netze ist die 2002 als Tochterunternehmen hinzugewonnene DB Schenker eine dritte Säule im Geschäftsbereich der Deutschen Bahn AG. Über 91.000 MitarbeiterInnen wickelten an ca. 2000 Standorten in rund 130 Ländern die Transport- und Logistikaktivitäten der DB mit einem Umsatzvolumen von 19 Mrd. Euro (2008) ab. Die Tätigkeits-schwerpunkte von DB Schenker untergliedern sich in: DB Schenker Rail mit dem Bereich Schienenverkehr und DB Schenker Logistic mit den Bereichen Landverkehr, Luft- und Seefracht sowie Kontraktlogistik (alle Leistungen aus einer Hand). Als Kontaktadresse und Ansprechpartner gelten u. a. Folgende:

DB Schenker Rail Dtl. AG, Kundenservicezentrum, Masurenallee 33, 47055 Duisburg

DB Schenker AG Logistic + Forwarding, Langer Kornweg 34 a, 65451 Kelsterbach

Land Transport: Gabriele Matthes (Sicherheit) Alfredstr. 81, 45130 Essen

Berivan Illhan (Spezialdienstleistungen), Alfredstr. 81, 45130 Essen

Thomas Endres (Customer-Enterprise Integration), Alfredstr. 150-154, Essen

Außerdem als Leiter für Kommunikation, Transport u. Logistik/International Bernd Weitzer, Leipziger Platz 9, 10117 Berlin.

Das Gütervolumen steigt stetig an und immer mehr Leistungen werden outsourct. Als profitorientierte Aktiengesellschaft bietet DB Schenker weitere Dienstleistungen an. Neben Transport bietet Schenker auch Zusatzleistungen wie Lagerung und Transportüberwachung an, sowie die Organisation und Durchführung von Großevents wie Olympiaden und Messen, aber auch individuelle Umzüge ins Ausland. Der Schritt ins profitabile Geschäftsfeld der zivil-militärischen Zusammenarbeit wurde bereits gemacht. Die DB ist zu 24,9 % als Gesellschafter an der BW Fuhrpark GmbH beteiligt, ein Unternehmen, das als Mobilitätsdienstleister der Bundeswehr sowie für Armeen anderer Staaten tätig ist. Das Unternehmen wurde 2002 von der Gesellschaft

für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b.) eine 100% Firma des Kriegsministeriums gegründet. Als Erweiterung ihrer Dienstleistungen bietet die BW Fuhrpark GmbH auch ein zivil nutzbares Carsharing-Projekt an. Dieses Carsharing-Modell ist mit über 3000 Fahrzeugen und Stellplätzen in verschiedenen Städten im öffentlichen Raum präsent.

zur Dokumentation, aus der DHL-Broschüre

Käfighaltung G8 2007

Sie haben sich viel Zeit gelassen, um die Maßnahmen des Repressionsapparats zum Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 rechtlich zu beurteilen: jetzt nach 3 Jahren hat das Verwaltungsgericht in Schwerin eingestanden: die Ingewahrsamnahme der Leute vom Camp Wichmannsdorf in aller Herrgottsfrühe. die am 07.06.1997 im Wald umzingelt, gefesselt und festgenommen wurden. war gänzlich „rechtswidrig“ . „Weiterhin war die Art und Weise der Behandlung im Gewahrsam rechtswidrig, wobei darunter die Fesselung, die Durchsuchung und Verweigerung des Telefonats fallen dürften.“ Nachdem das Verwaltungsgericht bereits letztes Jahr die Rechtswidrigkeit der Platzverweise im Rahmen der Aktionen um den Gipfel in Heiligendamm festgestellt hatte, ist jetzt auch die massenhafte Käfighaltung von G8-DemonstrantInnen als nicht den Gepflogenheiten der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ entsprechende Prozedur eingestuft worden. Die Polizeidirektion in Rostock hat das Urteil anerkannt. Somit ist es rechtskräftig.

Wer schlussfolgert, jetzt würden die Käfige allesamt verschrottet, der irrt. Der bürgerliche Staat wird weiterhin sich rechtlicher Grauzonen bedienen, um seine Art Gewaltprävention durchzusetzen. Es wird weiterhin überwacht, gefesselt, käfigverknastet werden, wenn Widerstand sich organisiert. Das bisschen Schuldeingeständnis samt den angefallenen Verfahrenskosten wird geschluckt - bis zum nächsten Mal.

Bundesgerichtshof erklärt BKA-Überwachung von drei Libertad-AktivistInnen für illegal

Der Bundesgerichtshof hat eine BKA-Überwachung von drei AktivistInnen der linken Solidaritätsorganisation Libertad für illegal erklärt. Der Beschluss ist schon Anfang März gefallen, aber erst jetzt den Klägerinnen und ihren Anwälten zugestellt worden.

Im Jahr 2001 waren die drei politischen LinksaktivistInnen vom BKA verdächtigt worden, Mitglieder der Militanten Gruppe (mg) zu sein. In einem Dossier des Verfassungsschutzes wurde der Verdacht damit begründet, dass sich Libertad gegen Kriegseinsätze und für politische Gefangene einsetzt, alles Themen, die auch bei den Zielen der mg eine Rolle spielten. Mit einem umfangreichen Überwachungsprogramm sollten die Beweise für die mg-Mitgliedschaft der Verdächtigten

gesammelt werden.

Über ein Dutzend Telefonanschlüsse wurden abgehört, E-Mails wurden gelesen und die Internetnutzung ausgewertet. Auf die Haustüren waren hochauflösende Videokameras gerichtet, zeitweise wurden die drei rund um die Uhr von Observations-teams begleitet. Das BKA verwanzte Autos und erstellte aus Peilsendern und den Funkzellendaten von Mobiltelefonen Bewegungsprofile. Die Maßnahmen endeten offiziell 2006. Libertad-Sprecher Hans-Peter Kartenberg erklärte gegenüber Telepolis, dass aus den Akten der Beschuldigten hervorgeht, dass die Bewachungsmaßnahmen auch danach fortgesetzt wurden. Im Jahr 2008 waren die Ermittlungen gegen die Beschuldigten aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Der BGH hat mit seinem Beschluss nun den Ermittlungsbehörden Grenzen gesetzt.

„Die angeordneten und durchgeführten verdeckten Ermittlungsmaßnahmen waren bereits deshalb rechtswidrig, weil zum jeweiligen Zeitpunkt ihrer Anordnung und Durchführung ein ausreichender Tatverdacht ... nicht bestand“, heißt es zur Begründung. „Den Ausführungen des Verfassungsschutzes lässt sich zwar entnehmen, dass die früheren Beschuldigten dem politisch linken Spektrum zuzuordnen sind und sich mit Themenbereichen befasst haben... Dabei handelt es sich jedoch mit der Problematik der Entschädigung von Zwangsarbeitern und Ähnlichem um eher allgemeine, zur damaligen Zeit auch verstärkt in der öffentlichen Diskussion befindliche und nicht derart spezielle Themen, dass hieraus nähere Rückschlüsse auf die Personen der früheren Beschuldigten gezogen werden können“, pointieren die Richter ihre Kritik.

Rüge für Ermittlungsrichter

Die Begründung enthält auch eine Rüge an den Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Ulrich Hebenstreit, der die Überwachung gegen die Libertad-Mitglieder genehmigt hat.

„Die (...) eigenständige Prüfung der Anordnungsvoraussetzungen durch den Ermittlungsrichter muss allerdings in der Praxis häufig unter großem Zeitdruck durchgeführt werden; der Akteninhalt ist oft umfangreich. Die Erfüllung seiner Funktion als Kontrollorgan der Ermittlungsbehörden (...) wird deshalb nicht unerheblich erschwert und verzögert, wenn der Ermittlungsrichter nicht annehmen kann, dass die Beweislage, soweit sie für die Entscheidung relevant ist, in den Antragsschriften ohne erhebliche Lücken dargetan ist“, moniert der BGH . Peter Nowak 20.06.2010

KRIEGSGERÄT INTERESSIERT

UNS BRENNEND!

**FÜR DIE EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN
GEGEN ANTIMILITARIST*INNEN**



Celler Trialog Aktionen und Absage

Dokumentation:

wir haben vergangene nacht einen angriff auf die commerzbankzentrale in der kieler innenstadt am
asmuss-bremer-platz verübt. das gebäude wurde mit steinen und blutroter farbe attackiert sowie die parole „trialog
versenken“ hinterlassen.

die commerzbank nimmt eine führende rolle in der ausweitung der sog. „zivil-militärischen-zusammenarbeit“ ein. so
findet seit 2007 jährlich in celle der sog. „celler trialog“ statt. dieses treffen wurde vom vorstandssprecher
und aufsichtsratsvorsitzenden der commerzbank klaus peter müller und dem bundesministerium der verteidigung
initiiert.

auf diesem „diskussionsforum für außen- und sicherheitspolitik“ soll unter ausschluss der öffentlichkeit über
engere zusammenarbeit zwischen militär, wirtschaft und der damit verbundenen gesellschaftlichen einflussnahme
beraten werden. mit der sicherheitspolitik wird so die militarisierung der gesellschaft vorangetrieben. durch den
aufbau von verbindungskommandos soll der reibungslose ablauf des kapitalistischen systems im innern gesichert
werden. hier wird aufstandsbekämpfung mit dem militär geprobt. im training wird dann der häuserkampf und das
verhalten gegenüber aufgebrachten menschenmengen geübt. zur zeit noch unter dem deckmantel des einsatzes in
urbanen gelände z. b. kosovo oder afghanistan, lässt sich das trainierte problemlos auf szenarien im inland
übertragen. das vordringen der bundeswehr in gesellschaftsbereiche wie schule und uni soll zudem mit
kooperationsverträgen gesichert werden. in der praxis sieht das dann so aus, dass berufsschüler_innen mal ne knarre
im schießsimulator der bundeswehr in die hand gedrückt wird, um ihnen die ausbildung beim bund schmackhaft zu
machen. so geschehen in der heeresflugabwehrschule in todendorf. beim außeneinsatz der bundeswehr handelt es sich
heutzutage um die sicherstellung des zugriffs auf rohstoffe sowie die politische einflussnahme in wirtschaftlichen
interessanten regionen. die bundeswehr wird somit zur postkolonialen interventionsarmee ausgebaut und sichert somit
auch die „festung europa“ und den damit verbunden reichtum der westlichen staaten. dass daran
wirtschaftsunternehmen und banken ein großes interesse haben, liegt auf der hand. hier ist eine enge
zusammenarbeit gewünscht und wirtschaftlich sinnvoll. zudem findet eine zunehmende privatisierung des krieges
statt. damit haben eine menge unternehmen ein handfestes interesse an der eskalation von konflikten weltweit. die
commerzbank legte schon immer wert auf einen engen schulterchluss von militär und wirtschaft. im
nationalsozialismus konnte sie ihr filialnetz in den von wehrmacht besetzten gebieten ausbauen. heute vergibt sie
z. b. kredite an einen der größten hersteller von atomwaffen (alliant tech systems), die mit ihrer uranmunition
1991 im irak und 1994/95 in bosnien das land verseuchte.

vom 1.-3.9 2010 findet der „celler trialog“ in kiel, unter dem motto „handel und wandel - maritime
herausforderung und nationale interessen“ statt. der „celler trialog“ steht in einer reihe mit veranstaltungen
wie der jährlichen sicherheitskonferenz in münchen,
dem vergangenen polizeikongress in berlin oder der innenministerkonferenz in hamburg. alles treffen, auf denen
politiker_innen, bullen, militärs, wirtschaftsunternehmer_innen ihr interesse an militarisierung und repressiver
kontrolle der gesellschaft forcieren. dieser klassenkampf von oben hat zum ziel gegen kommende krisen, aufstände in
einem sich immer mehr zuspitzendem kapitalismus und den damit immer stärker auftretenden widersprüchen schon an
morgen zu denken, mögliche szenarien durchzuspielen, sich abzusichern und ihr schweinesystem weiter zu sichern. das
dies nur mit militärischer intervention, dem damit verbundenen weltweiten kriegszustand, überwachung und kontrolle
läuft begründet jene treffen in der logik der herrschenden und ist ein direkter angriff auf menschen, die nicht
verwertbar sind, die sich diesem system entziehen wollen und für emanzipation kämpfen.
deshalb halten wir es für wichtig und richtig laut und unübersehbar unseren protest und verachtung ihrem system
und der damit verbundenen logik gegenüber zu artikulieren und entgegenzuschleudern!
denn wir denken lieber an übermorgen an eine lebenswerte welt, an eine umverteilung der güter und waren dieser
erde zu gunsten aller ihrer bewohner_innen. für ein leben in freiheit und selbstbestimmung!

Smash the date- celler trialog verhindern!

Zivil-militärische zusammenarbeit sabotieren-soziale kontrolle angreifen!

revolutionäre antimilitarist_innen „farbe bekennen“, frühling 2010.

Dokumentation:

Gekürzt, vollständig zu finden
cellertrialog.blogspot.de

„Berlin: Farbe und Steine gegen Softwarefirma R.O.L.A.“

wir haben in der nacht vom 31. januar 2010 auf den 1. februar die softwarefirma r.o.l.a. in berlin mit farbe und steinen angegriffen. diese firma, welche sich selber als „Marktführer in der Entwicklung von Sicherheitssoftware“ bezeichnet, ist auf dem diesjährigen europäischen polizeikongress in berlin vertreten und damit ein wichtiges standbein in der zusammenarbeit der wirtschaft mit den sicherheitsbehörden in der technische aufrüstung der eu-staaten. wir sind teil einer kampagne, die in den nächsten monaten stattfindende treffen und kongresse (der europäische polizeikongress in berlin, die münchner sicherheitskonferenz anfang februar, die innenministerkonferenz in hamburg in diesem jahr, der kieler trilog in kiel im september) thematisieren und angreifen wird. gerade auch aus der notwendigkeit heraus, dass diese treffen lieber im stillen und geheimen und ohne viel öffentlichkeit abgehalten werden.

Kiel: Anschläge gegen die zivil-militärische Zusammenarbeit

Bereits dreimal kam es in den letzten Wochen in Kiel zu nächtlichen Aktionen, die direkt Bezug auf den Trialog 2010 nahmen. So wurde am 20. April 2010 das Jobcenter in Kiel-Gaarden angegriffen, wo die Bundeswehr laut Erklärung der BekennerInnen „werbung für ihr blutiges und gewaltverherrlichendes handwerk macht“. Die Gruppe bekannte sich in ihrem Schreiben auch zu einem Farbanschlag auf eine Commerzbank-Filiale im Kieler Stadtteil Gaarden einige Zeit zuvor, als Reaktion auf die federführende Rolle der Bank bei der Initiierung des Trialogs. Außerdem wurde das Gebäude der Commerzbank in der Kieler Innenstadt mit Steinen und Farbe attackiert (reinkopierte Erklärung).

Kiel:Denkmal 1.+2. Weltkrieges blutig

In der Nacht des 10. Mails auf den 11. haben wir das Ehrenmal für die gefallenen Soldaten beider Weltkriege auf dem Nordfriedhof in Kiel mit roter Farbe bluten lassen. Dieses Zeichen gegen den Militarismus und gegen den Kult gefallene Mörder zu achten und zu ehren haben wir gesetzt, weil wir die aktuelle Situation in der sich die Bundesrepublik Deutschland wieder in Kriege stürzt und wir uns noch immer von Faschisten und Faschistinnen bedroht fühlen, verändern wollen. Der Celler Trialog dieses Jahres findet bei Kiel in Salzau statt. Dies ein Bündnis aus Wirtschaft, Politik und Militär, welches sich zur Aufgabe gemacht hat für ihre Sicherheit enger zusammen zuarbeiten. Krieg und Faschismus sind kein Zuckerschlecken!

Hamburg:

Direkte Aktion gegen Polizei und Fima Dussmann

Wir haben in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai 2010 die Polizeiwache in Hamburg Rissen mit Farbe, Steinen und Säure angegriffen. Die Wache war in der Nacht nicht besetzt.

Gleichzeitig wurden Autos der Firma Dussmann von Genossen lahmgelegt. Gründe dafür gibt es viele. Dussmann verdient zum Beispiel an der menschenunwürdigen Lagerunterbringung von Flüchtlingen. Wir freuen uns über jeden Protest und jede Aktion gegen die Innenministerkonferenz und rufen dazu auf, diese mit allen Mitteln anzugreifen. Gleichzeitig wollen wir aber auch auf die Verbindungen der sogenannten Inneren Sicherheit und der Kriegstreiberei aufmerksam machen. Die Zivilmilitärische Zusammenarbeit zwischen „zivilen“ Firmen und der Bundeswehr wird durch die voranschreitende Privatisierung der Bundeswehr immer bedeutender. Ein wichtiger Termin für das organisierte Morden ist der Kieler Trialog vom 1. bis 3. September in Kiel. Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft! Für eine Welt ohne Grenzen! Soziale Kontrolle sabotieren, IMK und Kieler Trialog angreifen! Polizei und Bundeswehr angreifen! Überall!

Kiel:

Antimilitaristische Stadtrundfahrt

Kiel ist Kriegsgebiet! - Unter diesem Motto fand am Samstag, den 12.6. eine antimilitaristische Stadtrundfahrt statt, die zur (Selbst-)Information und als Beitrag zur Mobilisierung für Aktionen gegen den Anfang September in Kiel stattfindenden „Celler Trialog“. Neben verschiedenen Schauplätzen militärischer Politik und Rüstungsproduktion wurde auch dem Konferenzort des „Celler Trialogs“, dem Gut Salzau im Kreis Plön sowie dem Kriegsdenkmal in Laboe ein Besuch abgestattet.

Kiel:

Angriff auf DB Schenker

Wir haben in der Nacht zum 2. Juni die Räumlichkeiten der Deutschen Bahn Tochter „DB Schenker“ in Kiel Gaarden-Süd mit Steinen und Buttersäure angegriffen. Die Firma DB Schenker bewirbt sich derzeit als Logistikpartner der dt. Bundeswehr für Waffen, Panzer & anderes schweres Kriegsgerät. Wir bringen mit diesem Angriff unsere Forderung an DB & „Schenker“ zum Ausdruck, sich sofort aus dem Kriegsgeschäft zurückzuziehen! Anderenfalls werden beide ebenso Zielscheibe militanter Aktionen werden wie die Post-Tochter DHL. Weiter beziehen wir uns auf den im September in Salzau & Kiel stattfindenden „CELLER TRIALOG“. Auch zukünftig wird, nicht nur in Kiel, jeder Bemühung von wirtschaftlich-militärischer Zusammenarbeit unser Kontra entgegenzuschlagen! Schulterabschluss zwischen Wirtschaft & Militär den Kampf ansagen! BUNDESWEHR ABSCHAFFEN! CELLER TRIALOG VERHINDERN! militante kochgruppe kiel“



Celler Trialog abgesagt!

Am 22.6.2010 ließen das Kriegsministerium und die Commerzbank zeitgleich verlauten, „vor dem Hintergrund der massiven Sparzwänge im Haushalt der Verteidigung [...] hat der Bundesminister der Verteidigung [...] mit dem Vorstand der Commerzbank entschieden, den Anfang September 2010 in Kiel geplanten Celler Trialog auszusetzen. Über die Zukunft [...] des Celler Trialogs in den kommenden Jahren wird im Lichte der weiteren Entwicklungen und mit Blick auf die gesamte sicherheitspolitische Konferenzlandschaft zu entscheiden sein.“

Dass dies lediglich eine vorgeschobene, fadenscheinige Begründung ist, legt eine kleine Anfrage der Linkspartei vom 31.05.2010 nahe. Auf die Frage, welche Kosten entstanden seien, werden für das Jahr 2009 rund 22 000 € angegeben. Dies sind die Kosten der 1. Panzerdivision für Panzerfahrten und Kriegsspiele während des Trialoges. Für alles andere war die Commerzbank laut eines „Kooperationsvertrages“ zuständig. Hierzu gibt es keine Zahlen. Dass 22 000 € für das Kriegsministerium mit einem Haushaltsvolumen von 31,1 Milliarden für das Jahr 2010 Peanuts sind, sollte jeder und jedem klar sein.

Dass herrschende Politik der Parole „Trialog versenken“ soviel Eigeninitiative entgegenbringt, kann von uns natürlich mit einem Augenzwinkern nur begrüßt werden. Es lässt sich feststellen, dass der Trialog ein elitäres Treffen von ranghohen VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr ist. Nach eigenen Angaben der VeranstalterInnen findet die Aussprache „hinter verschlossenen Türen und sehr offen statt“, es gibt weder Protokolle noch große Pressekonferenzen mit selbstdarstellerischen Fotos und keine nach außen getragene „wir retten die Welt“-Attitüde. Der Trialog ist ein Treffen, welches nicht im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stehen soll. Dass die Bundeswehr eine astreine Killertruppe ist, Deutschland sich den Weg zu Rohstoffen und politischem Einfluss seit mittlerweile über einem Jahrzehnt wieder selbst freischießt und freibombt, dürfte zwar nicht erst seit Horst Köhler und

Kunduz bekannt sein, soll aber weiterhin nicht Teil der öffentlichen Wahrnehmung der BRD sein. Den Celler Trialog als das, was er ist, zu entlarven – ein lupenreines Kriegstreibertreffen – ist ein maßgeblicher Erfolg der radikalen antimilitaristischen Kritik an den Verhältnissen, den damit verbundenen Aktionen, der hergestellten Öffentlichkeit und Mobilisierungen, die seit mittlerweile zwei Jahren kontinuierlich anlässlich des Treffens stattfanden und auch für das Jahr 2010 in Kiel bereits seit einigen Wochen verstärkt angelaufen waren. Also Prost Genoss_innen!

Der Wegfall des Trialogs in diesem Jahr und vielleicht auch darüber hinaus ändert nichts an den bestehenden Verhältnissen. Er ändert nichts an der aggressiven Militarisierung der Gesellschaft, den damit einhergehenden patriarchalen Verhältnissen, dem Mord und Totschlag auf dieser Welt und dem globalen Raubzug des alles umspannenden Kapitalismus.

Das bedeutet für uns, eine Neuausrichtung unseres Protestes und Widerstands gegen Militarismus in Kiel vorzunehmen. Kiel bleibt auch ohne Trialog als Rüstungs- und Militärstandort prädestiniert für antimilitaristische Politik. Wir werden keine Ruhe geben, die militaristischen Verhältnisse und ihre KriegstreiberInnen mit unseren Widerstand zu belästigen und an die erfolgreiche Arbeit anzuknüpfen!

autonomes antimilitaristisches Plenum Kiel

Infos zum Trialog, ZMZ und Antimilitarismus in Kiel gibts unter: kein-trialog.blogspot.de und cellertrialog.blogspot.de



Anbetracht der gut anlaufenden Mobilisierung, sowohl in Kiel als auch bundesweit, finden wir es ja fast ein wenig schade, dass der Trialog nun ausfällt. Die dringend notwendige Thematisierung der ZMZ, der Militarisierung der Gesellschaft und der Vorbereitung auf Aufstandbekämpfung muss nun unabhängig vom Event Trialog weitergeführt werden. Die Commerzbank ist im Übrigen auch ohne Trialog in Krieg und Aufstandsbekämpfung verstrickt. Sie ist z.B. an dem Aufbau von BW-Verbindungskommandos beteiligt und sponsert das Sommerbiwak.

Pharmakonzern Boehringer

„Boehringer verdient an Impfstoffen, die nötig werden, weil durch Massentierhaltung die natürlichen Widerstandskräfte gegen Infekte aller Art geschwächt bzw. systematisch zerstört werden. Immer neue Mutationen von Erregern müssen durch immer neuere Impfstoffe bekämpft werden. Ein Milliardengeschäft für die, die die Märkte beherrschen. Und ein Garant dafür, dass immer mehr Menschen (z.B. Bauern) in Abhängigkeit zu diesen Konzernen getrieben und in ihrer Existenz bedroht werden. Vor allem im Trikont. Dieser Tödliche Kreislauf betrifft nicht nur die Lebensbedingung agrotechnisch gehaltener Tiere, sondern greift auch auf Lebewesen außerhalb dieses Verwertungskreislaufes über, wodurch neue Märkte erobert werden. Wie es sich bei der Vogelgrippe gezeigt hat.

Übrigens war Boehringer 1967 maßgeblich beteiligt an der Produktion des Entlaubungsmittels „Agent Orange“, das im Vietnamkrieg in großem Maßstab eingesetzt wurde. Noch heute leiden viele Vietnames_innen an den Folgen des Giftes, das Dioxin enthält...“ Vbt Nr, 19, S,39

Prozessbegleitung einmal anders – der Prozess gegen die Boehringer- Besetzer_innen

Seit dem 4.Mai 2010 stehen 5 Aktivist_innen der Boehringer Besetzung in Hannover vor Gericht. Noch einmal zur Erinnerung: der Pharmakonzern Boehringer Ingelheim plant in Hannover ein Tierversuchslabor für die Erforschung von Schweine- und Rinderimpfstoffen zu bauen. In diesem Labor sollen Impfstoffe entwickelt werden, die dazu dienen, die Massentierhaltung zu optimieren. Diese sollen jährlich an mehreren tausend Tieren getestet werden.

Gegen das Bauvorhaben des Konzerns Boehringer Ingelheim gab es in Hannover massiven Protest. Flugblattaktionen, Demos und auch einige militante Aktionen fanden statt. Der Protest erreichte seinen Höhepunkt in einer sechswöchigen Besetzung des Baugeländes. Nach der Räumung durch ein massives und überzogenes Polizeiaufgebot (ca. 1000 Bullen gegen ca. 30 Aktivist_innen) am 12.08.2010, wurde das Gelände am 22.08.2010 durch 16 Aktivist_innen wieder besetzt. Nach einer weiteren Räumung erstattete Boehringer Ingelheim Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Nachdem gegen die eingegangenen Strafbefehle Widerspruch eingelegt wurde, fand am 4.5.2010 die erste Hauptverhandlung gegen 5 der 16 Personen statt. Die Aktivist_innen führen diesen Prozess offensiv und kreativ. Die Verteidigung durch Anwalt_innen lehnen sie ab, ein unabhängiger Rechtsbeistand unterstützt sie während der Verhandlung. Durch Ungehorsam, zahlreiche Anträge und nicht zuletzt die Unterstützung des Publikums stellen sie den Sinn der Justiz im Allgemeinen in Frage. Wie das Urteil ausgehen wird, bleibt fraglich. Sicher ist allerdings, dass eine neue Form der Prozessführung es möglich macht, politische Inhalte zu thematisieren und in die Öffentlichkeit zu rücken.

Erster Prozesstag 4.5.2010

Schon am ersten Prozesstag zeigte sich, dass die Beschuldigten einen offensiven, kreativen Prozess führen wollen. „Statt eines normalen Prozesses, in dem die Beschuldigten kaum zu Wort kommen, wurde unser heutiges Hauptziel erreicht: Wir haben unsere prozessualen Rechte in Form von Antrags- und Rederecht durchge-

setzt.“, so eine der Beschuldigten. Hierdurch wirkten die Beschuldigten einer Entpolitisierung entgegen, es wurde nicht über Hausrecht geredet, sondern über politische Inhalte, wie Strafjustiz, Tierversuche und die Zulassung von Öffentlichkeit im Gerichtssaal. Die Angeklagten stellten zahlreiche Anträge, in denen unter anderem Inhalte wie Justiz- und Herrschaftskritik und Antikapitalismus thematisiert wurden.

Der erste Prozesstag der 5 Boehringer Besetzer_innen verlief trotz repressiver Maßnahmen seitens der Justiz zu deren vollster Zufriedenheit. Gegen Mittag wurde die Verhandlung unterbrochen, nachdem es noch nicht einmal zur Verlesung der Anklageschrift kam.

Unterstützung erhielten die Beschuldigten durch das rege Interesse der Öffentlichkeit. Etwa 50 Personen wollten an dem Prozess teilnehmen, doch auf Grund des zu kleinen Saals und massiver Vorkontrollen aller Personen blieb dies vielen verwehrt. Die Kontrollen beinhalteten das Abtasten und Durchsuchen von allen Unterstützer_innen und Beschuldigten, wobei auch im Genitalbereich und am Hosenbund von JustizwachtmeisterInnen getastet wurde. Vor und nach der Pause wurde jeweils eine Person des Gerichtssaals verwiesen. Während der Einlasskontrollen kam es durch die JustizwachtmeisterInnen wiederholt zu tätlichen Übergriffen auf Prozessbeobachter_innen und Beschuldigte. So wurden Personen gegen Wände geschubst, gewürgt und ins Gesicht geschlagen. Mehrere Personen wurden überzogen brutal aus dem Gerichtssaal geworfen. Im Zuge dieser Übergriffe kam es zu zwei Festnahmen und mehreren Platzverweisen.

Zweiter Prozesstag 20.05.2010

Wie schon beim ersten Prozesstag wurde der Prozess durch ein großes Polizeiaufgebot begleitet und die Angeklagten, sowie auch Zuschauer_innen des Prozesses wurden, bevor sie den Gerichtssaal betreten durften, auf unsanfte Weise von JustizwachtmeisterInnen durchsucht. Auch am heutigen Tage kam es, wie schon beim letzten Verhandlungstag, dazu, dass Prozessteilnehmer_innen mit überzogener Brutalität seitens der JustizwachtmeisterInnen des Gerichtssaales verwiesen wurden. Es wurde am heutigen Verhandlungstag die Beweisaufnahme eröffnet und der erste Zeuge vernommen!

Dritter Prozesstag 21.05.2010

Auch der dritte Prozesstag war von Gewalt und Schikanen seitens der Justizbeamten und Polizei geprägt. Bei den Einlaßkontrollen kam es zu Schlägen gegen einen Prozessbeobachter. Als dieses in einem Antrag von den Angeklagten kritisiert wurde, antwortete Richter Süßenbach, dies sei der normale Ablauf der Kontrollen. Es wurden Zuschauer_innen brutal aus dem Gerichtssaal verwiesen. Gegen einen Angeklagten wurde an diesem Tag Ordnungshaft verhängt. Eine Person, die zuvor des Saales verwiesen wurde, wurde von der Polizei vor dem Gerichtsgebäude festgenommen und zur Herschelwache gebracht.

Die am zweiten Prozesstag begonnene Beweisaufnahme wurde nicht fortgeführt. Die Angeklagten hatten sich zwar auf weitere Zeugenvernehmungen eingestellt und vorbereitet, doch während des gesamten Prozesstages mussten sie auf etliche Maßnahmen von Richter Süßenbach in Form von Anträgen reagieren. Zu Beginn der Verhandlung rügten die Angeklagten die Einlasskontrollen, da ein männlicher Zuschauer bei der Durchsuchung von einem Justizwachmeister in den Genitalbereich getreten wurde.

Vierter Prozesstag 04.06.2010

Der Prozesstag begann um 8 Uhr mit den üblichen überzogenen Kontrollen durch die JustizwachmeisterInnen des Landgerichtes. Richter Süßenbach ließ dieses Mal zu, dass die von den Angeklagten vorgetragene Rügen ins Protokoll aufgenommen wurden. Kurz nach Verhandlungsbeginn wurde vom Rechtsbeistand der Angeklagten ein Antrag auf Einsicht der vollständigen Akte gestellt. Dieser Antrag wurde bereits an den anderen Verhandlungstagen gestellt, vom Richter jedoch jedes Mal abgelehnt. Nachdem Süßenbach dieses Mal sich in der Strafprozessordnung schlau gelesen hatte und auch die Staatsanwältin der Auffassung war, dass für eine gute Verteidigung die Kenntnis der Akte von Bedeutung sei, wurde nach einer 10 Minütigen Pause beschlossen dem Verteidiger die komplette Akte auf seine Kosten bereitzustellen. Es wurde eine weitere Pause von eineinhalb Stunden bewilligt, damit die Akte kopiert werden konnte.

Kurz nach dieser Pause wurde die Verhandlung jedoch vertagt. Insgesamt war dieser Prozesstag weitaus ruhiger als die letzten. Es wurde dieses Mal niemand des Saales verwiesen und auch der Richter hatte sich vorbereitet und bewilligte den Angeklagten erstmals Anträge, die ihnen laut StPO sowieso zustehen.

Fünfter + sechster Prozesstag 09/10.06.

Eine neue Eskalation in dem Verfahren stellt das zeitweilige Aussetzen des Antrags- und Rügerechts der Angeklagten durch Richter Süßenbach dar. Auf die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage er zu Beginn der Verhandlung den Angeklagten ihre prozessualen Rechte derart beschneidete antwortete er: „Das ist die Verhandlungsführung des Vorsitzenden.“

Während des fünften und sechsten Prozesstages wurden 5 Polizeizeugen vernommen. Die ersten beiden Zeugen versagten bei der Identifizierung der Angeklagten gänzlich. In der Pause zur nächsten Zeugin ging der Staatsanwalt, welcher für den Vormittag des 5. Verhandlungstages die eigentlich zuständige Claudia Becker-Kunze vertrat, in Robe in den Zeugenwarteraum. Daraufhin klappte die Identifizierung der Übeltäter bei der nächsten Zeugenaussage überraschender Weise ganz zur Zufriedenheit der Repressionsorgane.

Als dieser Vorgang am darauf folgenden 6. Prozesstag zu Anfang gerügt wurde, rastete Staatsanwältin Claudia Becker-Kunze das erste Mal in diesem Verfahren aus - Menschen berichteten von ihrem Eindruck, sie springe jeden Moment über ihren Tisch zur Anklagebank - und bedrohte den Angeklagten, der die Rüge vorgebracht hatte, mit der Eröffnung eines Strafverfahrens gegen ihn. Auf Grund des zeitweiligen Verbots, Anträge und Rügen vorzubringen, dauerten die Verhandlungstage dieses Mal nicht bis in den Nachmittag, sondern endeten gegen Mittag. Im Strafverfahren fehlen nun noch 7 weitere Zeugen - ob Richter Süßenbach hinterher noch weitere lädt, ist fraglich.



Siebter Prozesstag

Sechs Prozesstage sind bereits in der Verhandlung gegen die 5. Boehringerbesetzer_innen vergangen und noch immer sind nicht alle der 11 geladenen Zeuginnen verhört worden. Richter Süßenbach gestattete auch dieses Mal den Angeklagten zu Beginn der Verhandlung Anträge zu stellen, die er entweder ablehnte oder zurückstellte. Zwischendurch ermahnte er immer wieder die Zuschauer_innen, die Beifallsbekundungen für die Angeklagten zu unterlassen. Nach kurzer Zeit war seine Großzügigkeit jedoch aufgebraucht, er entzog den Angeklagten das Rede- und Antragsrecht und führte die Verhandlung fort. Es wurde der erste von insgesamt vier für diesen Verhandlungstag geladenen Polizeizeug_innen aufgerufen. Wie schon die anderen Zeug_innen an den vorhergegangenen Prozesstagen bewiesen die heutigen ein hervorragendes Erinnerungsvermögen und konnten mehrere Angeklagte eindeutig identifizieren. Trotz dieses scheinbar unglaublichen Gedächtnis waren die Zeug_innen im Gegenteil zu ihren Vorgänger_innen nicht in der Lage den „Tatort“ detailliert zu beschreiben und

zu skizzieren. Nach der Zeugenbefragung gestand Richter Süßenbach den Angeklagten wieder das Antragsrecht zu und so konnten am Ende der Verhandlung noch einige Rügen und Befangenheitsanträge, die das Verhalten der JustizbeamtenInnen an diesem Tag kritisierten, gestellt werden. Die meisten dieser Anträge wurden von der Staatsanwältin abgelehnt. Weitere Zeuginnen werden zu den nächsten Prozesstagen geladen.

Es wird auch weiterhin Prozesstermine geben. Achtet auf Ankündigungen! ZuschauerInnen sind herzlich erwünscht. Kommt vorbei, seid kreativ und seid störend!

Im Übrigen bestätigte ein Sprecher des staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Niedersachsen, dass dem Pharmakonzern Boehringer die Baugenehmigung des Tierversuchslabors erteilt wurde.

Schlimmer geht immer - das neue Niedersächsische Versammlungsgesetz

Am 12. Januar 2010 haben die Landtagsfraktionen von CDU und FDP einen Gesetzentwurf für das neue Niedersächsische Versammlungsgesetz vorgelegt. Was lange befürchtet wurde, ist damit wahr geworden: Es wird demnächst ein Gesetz im Landtag verabschiedet, das nicht nur längst gängige, bisher illegale, Praxen legalisiert, sondern zudem eine massive Verschärfung unserer Möglichkeiten, sich zu versammeln, zur Folge haben dürfte. Monatelang hat die radikale Linke diese Entwicklung ignoriert - bald werden wir gezwungen sein, neue Formen der politischen Willensäußerung zu erlernen. Denn Demos, Kundgebungen, politische Veranstaltungen und Flugblätterverteilen werden in naher Zukunft etwas sein, das in vielerlei Hinsicht von der Gnade und Willkür der Bullen und ihrer politischen Vorgesetzten abhängig ist.

Auch wenn Teile des Entwurfes vielleicht später vom Bundesverfassungsgericht kassiert werden, ist Schlimmstes zu befürchten. Hier ein paar Kostproben für den Überblick. Wir sind keine JuristInnen. Hier geht es nur darum, einen ersten Eindruck zu vermitteln.

„Eine Versammlung im Sinne dieses Gesetzes ist eine ortsfeste oder sich fortbewegende Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung.“
Das heißt, dass du und ich schon eine Versammlung darstellen, die wir anmelden müssten, wenn wir zu zweit Flugis verteilen gehen (oder vielleicht einfach die gleichen Buttons tragen?).

„Ist eine Versammlung nicht bekannt gegeben, so ist Veranstalterin oder Veranstalter, wer das Zustandekommen und die Durchführung der Versammlung maßgeblich veranlasst hat.“

Die Bullen bestimmen selbst, wen sie zur Veranstalter_in machen, wenn eine Demo nicht angemeldet wurde. Rufst du zu einer verbotenen oder bereits aufgelösten Versammlung auf, kann es 1 Jahr Knast geben. Auch wenn du eine solche als Versammlungsleiter_in durchführst.

„Die Leiterin oder der Leiter bestimmt den Ablauf der Versammlung. Sie oder er hat während der Versammlung für Ordnung zu sorgen. Dazu gehören auch Maßnahmen, die geeignet sind zu verhindern, dass in der Versammlung oder aus der Versammlung heraus Gewalttätigkeiten begangen werden. Geeignete Maßnahmen sind insbesondere Aufrufe zur Gewaltfreiheit und Distanzierungen von gewaltbereiten Personen. (...)“

Jetzt soll die Leiter_in direkt verantwortlich gemacht werden für Aktionen anderer Leute. Schlimmer noch: Sie soll aktiv gegen TeilnehmerInnen der Demo vorgehen, die sich nicht an die Vorgaben der Bullen halten. Damit dürfte demnächst jede Anmelder_in ein Verfahren sicher haben.

„Es ist verboten, Waffen oder sonstige Gegenstände, die ihrer Art nach zur Verletzung von Personen oder zur Beschädigung von Sachen geeignet sind und den Umständen nach dazu bestimmt sind,

1. in oder im Zusammenhang mit einer öffentlichen oder nicht öffentlichen Versammlung mit sich zu führen oder

2. zu einer öffentlichen oder nicht öffentlichen Versammlung hinzuschaffen oder in einer solchen Versammlung zur Verwendung bereitzuhalten oder zu verteilen.“

Im Klartext: Irgendein Gegenstand, mit dem jemand verletzt werden könnte, darf nicht mit sich geführt werden - auch nicht bei einer nicht öffentlichen Versammlung. Welcher Gegenstand erlaubt sein wird, werden die Bullen dann halt spontan entscheiden. Du

weißt also nie, wann du dich strafbar machst. Die Strafe dafür ist bis zu 2 Jahre Knast! Hat ein Ordner eine „Waffe“ dabei, kann auch die Anmelderin bis zu 1 Jahr Knast bekommen.

„Es ist verboten, in einer öffentlichen oder nicht öffentlichen Versammlung oder aus einer solchen Versammlung heraus durch Gewalttätigkeiten auf Personen oder Sachen einzuwirken. Darüber hinaus ist es verboten, an einer öffentlichen oder nicht öffentlichen Versammlung in einer Art und Weise teilzunehmen, die dazu beiträgt, dass die Versammlung oder ein Teil hiervon nach dem äußeren Erscheinungsbild paramilitärisch geprägt



wird oder sonst den Eindruck von Gewaltbereitschaft vermittelt, wenn damit eine einschüchternde Wirkung verbunden ist. Der Eindruck von Gewaltbereitschaft kann insbesondere vermittelt werden durch das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder ähnlichen Kleidungsstücken.

Die zuständige Behörde kann Personen die Teilnahme an einer Versammlung untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass diese Personen gegen ein Verbot nach Absatz 1 oder 2 verstoßen werden."

Hast du nicht die Klamotten an, die die Bullen wollen, können sie sie dich aus der Demo werfen oder dich schon auf dem Weg zur Demo wegschicken. Wann der „Eindruck von Gewaltbereitschaft“ besteht ist offen und kann willkürlich behauptet werden.

„Es ist verboten, in der Absicht, eine nicht verbotene öffentliche oder nicht öffentliche Versammlung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten zu begehen oder anzudrohen oder erhebliche Störungen zu verursachen. Es ist auch verboten, eine nicht verbotene öffentliche oder nicht öffentliche Versammlung mit dem Ziel zu stören, deren ordnungsgemäße Durchführung zu verhindern.“

Also: Naziaufmarsch verhindern ist verboten. Das soll mit bis zu 2 Jahren Knast betrafft werden. Auch der Versuch ist schon strafbar. Selbst jede Sitzblockade wäre dann schon mit erheblichen Gefahren verbunden.

„Die zuständige Behörde kann die Leiterin oder den Leiter einer Versammlung unter freiem Himmel ablehnen, wenn 1. sie oder er ungeeignet ist, während der Versammlung für Ordnung zu sorgen, oder 2. tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass durch den Einsatz der Leiterin oder des Leiters Störungen der Versammlung oder Gefahren für die öffentliche Sicherheit entstehen können. (...)“

Das gilt auch für Order_innen.

„Die zuständige Behörde kann von der Leiterin oder dem Leiter die Mitteilung der persönlichen Daten der Ordnerinnen und Ordner verlangen, wenn der Verdacht für das Vorliegen eines Ablehnungsgrundes nach Satz 1 besteht. Die zuständige Behörde kann der Leiterin oder dem Leiter aufgeben, die Anzahl der Ordnerinnen und Ordner zu verringern oder zu erhöhen, um die Friedlichkeit der Versammlung sicherzustellen.“

Spricht für sich, oder? Die Bullen entscheiden wer Ordner in sein darf und sollen auch noch alle Personalien einfordern können. Außerdem können die Bullen unsere Versammlungsleiter_innen mit einfachen Begründungen ablehnen, z.B. weil jemand mal ein Ermittlungsverfahren hatte, weil er/sie ein Halstuch auf dem Weg zu einer Demo dabei hatte - das könnte reichen. Letztendlich bestimmen also die Bullen, wer unsere Demos formal leitet.

„(...) Es ist auch verboten, 1. an einer Versammlung in einer Aufmachung teilzunehmen, die geeignet und den

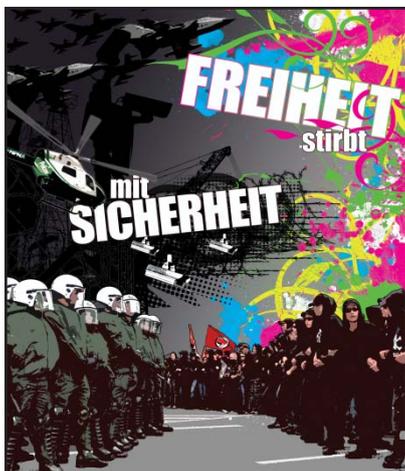
Umständen nach dazu bestimmt ist, die Feststellung der Identität zu verhindern, oder den Weg zu einer Versammlung in einer solchen Aufmachung zurückzulegen, oder 2. in oder im Zusammenhang mit einer Versammlung Gegenstände mit sich zu führen, die geeignet und den Umständen nach dazu bestimmt sind, die Feststellung der Identität zu verhindern. (...) Die zuständige Behörde kann Personen, die einem Verbot nach Absatz 1 oder 2 zuwiderhandeln, die Teilnahme an der Versammlung untersagen oder von der Versammlung ausschließen.“

Das Mitführen eines Halstuches auf dem Weg zu einer angemeldeten Kundgebung kann dir bis zu 1 Jahr Knast bringen. Und wie sieht es mit Versammlungen in geschlossenen Räumen aus? Also z.B. ein Antifa-InfoAbend in der Korn oder eine Mobilisierungsveranstaltung zum Sommerbiwak! Hier hat der Gesetzentwurf tatsächlich eine neue Qualität. Es soll eine inhaltliche Zensur geben, die bisher nicht im Versammlungsgesetz steht.

„Die zuständige Behörde kann die Leiterin oder den Leiter ablehnen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass diese Person die Friedlichkeit der Versammlung gefährden wird.“

Die zuständige Behörde kann von der Veranstalterin oder vom Veranstalter die Mitteilung der persönlichen Daten der Leiterin oder des Leiters verlangen, wenn der Verdacht für das Vorliegen des Ablehnungsgrundes nach Satz 1 besteht.“ Das gilt auch für Ordner_innen. Wie bei Demos, können die Bullen die Namen der Ordner_innen verlangen. Nochmal: Die Bullen können nach Belieben Versammlungsleiter_innen und Ordner_innen in geschlossenen Räumen ablehnen! Dazu müssen sie natürlich Zutritt haben und die Personalien kennen, ist doch klar.

„Die zuständige Behörde kann eine Versammlung in geschlossenen Räumen vor Versammlungsbeginn beschränken oder verbieten, wenn 1. die Veranstalterin oder der Veranstalter das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit verwirkt hat, 2. Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Veranstalterin oder der Veranstalter oder die Leiterin oder der Leiter Personen Zutritt gewähren wird, die Waffen oder sonstige Gegenstände im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1 mit sich führen, (Gegenstände die geeignet sind Personen zu verletzen) 3. Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Veranstalterin oder der Veranstalter oder die Leiterin oder der Leiter einen gewalttätigen Verlauf der Versammlung anstrebt, oder 4. Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Veranstalterin oder der Veranstalter oder die Leiterin oder der Leiter a) durch ihre oder seine Äußerungen in der Versammlung eine Störung des öffentlichen Friedens oder Gewalttätigkeiten anstreben oder billigen oder zu einer Störung des öffentlichen Friedens oder zu Gewalttätigkeiten aufrufen wird und dies eine von Amts wegen zu verfolgende Straftat darstellt oder



b) *entsprechende Äußerungen anderer Personen dulden wird.* " Die Bullen können aus gleichen Gründen auch die Veranstaltung nach Beginn auflösen. Billige ich also auf meiner Veranstaltung, dass jemand sagt: Wir sollten uns den Nazis in den Weg stellen! können die Bullen

die Veranstaltung verbieten und auflösen. Mit diesem Paragraphen wird die inhaltliche Kontrolle von Veranstaltungen durch Bullen rechtlich möglich.

„ Die Polizei darf Bild- und Tonaufzeichnungen von einer teilnehmenden Person in oder im Zusammenhang mit einer Versammlung in geschlossenen Räumen offen anfertigen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person 1. gewalttätig sein wird, 2. Leben oder Gesundheit anderer teilnehmender Personen unmittelbar gefährden wird oder 3. eine Störung des öffentlichen Friedens oder Gewalttätigkeiten anstreben oder billigen oder zu einer Störung des öffentlichen Friedens oder zu Gewalttätigkeiten aufrufen wird und dies eine von Amts wegen zu verfolgende Straftat darstellt. Die Maßnahme darf auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen werden. "

Wird erwartet, dass ich die Störung des „öffentlichen Friedens“ auf einer Veranstaltung inhaltlich billigen könnte, darf ich gefilmt werden - von den Bullen in der Veranstaltung und davor. Der Bußgeldkatalog für Verstöße gegen das Gesetz ist lang und umfasst Zahlungen bis zu 3000,- Euro

Wir werden dieses Gesetz nicht mehr verhindern. CDU und FDP haben eine Mehrheit im Landtag. Vielleicht kann aber genügend öffentlicher Druck dazu führen, dass die repressivsten Teile der Gesetzesvorlage nicht Wirklichkeit werden. Auf der anderen Seite werden wir neue, auch kreative Formen finden müssen unsere Proteste in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir sollten die Gefahr als Chance sehen, neue Möglichkeiten politischen Handelns zu suchen. Demos sind ohnehin nur selten die richtige Wahl; Denn selten demonstrieren sie Stärke oder sind in der Lage, Inhalte auf die Straße zu tragen. Aber wenn wir eine machen wollen, soll sie möglichst so werden, wie wir sie wollen. Wir werden also ein Kräfteverhältnis brauchen, das es uns erlaubt Durchsetzungsfähigkeit herzustellen. Das wird sicher von Zeit zu Zeit in ganz praktischen militanten Auseinandersetzungen mit Bullen auszuloten sein. Wichtiger dürfte es aber werden, ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis,

eine konkrete politische Unterstützung für Demos zu erarbeiten. Die Bullen können schließlich nur so offensiv gegen uns vorgehen, wie es die politische Lage zulässt. Es ist nicht immer oportun eine Demo zu zerschlagen. Vielleicht ist es auch möglich, sie auf ihrem Terrain zu schlagen. Z.B. indem man alle 10 Minuten eine neue Versammlungsleiter_in und Ordner_innen bestimmt.

Sicher müssen wir offensiver Demos, Aktionen und Propaganda machen, ohne sie anzumelden. Wir hinken aber auch dem Niveau der Organsierung von öffentlichem Protest hinterher, wenn man es mal mit Ländern vergleicht, in denen schon lange öffentliche Versammlungen kaum legal stattfinden können. Wir müssen uns angucken, wie es dort läuft und was wir von den Aktivist_innen lernen können.

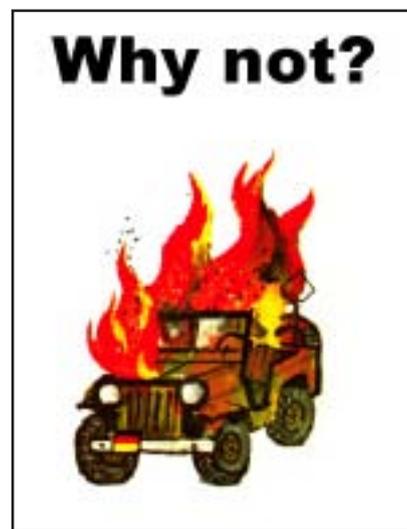
Wie lässt sich das Internet besser für schnelle Mobilisierungen nutzen? Gibt es Ideen, wie anonym über Twitter, facebook etc. mobilisiert und koordiniert werden kann?

Bringt es vielleicht mehr, tausende Flyer von Dächern zu schmeißen, als sie zu verteilen und schnell zur unangemeldeten Versammlung erklärt zu werden? Die Kunstfreiheit gilt hier noch etwas mehr als die Versammlungsfreiheit. Eröffnet uns das Möglichkeiten offensiver politischer Kreativität?

Das ritualisierte Durchführen von Demos muss ein Ende haben. Wir sollten präzise einschätzen, welches Mittel dem angemessen ist, was wir ausdrücken oder erreichen wollen.

Veranstaltungen in geschlossenen Räumen müssen offensiv geschützt werden, damit die Bullen uns nicht die Freiräume nehmen, die wir zum Informieren und Diskutieren brauchen. Da gilt es: keinen Milimeter zurückweichen! Und wir sollten uns darüber bewusst sein, dass es demnächst eine Menge Verurteilungen wegen der Durchführung von und Teilnahme an Demos und Kundgebungen gibt. Unsere Antirepressionsstrukturen werden sich darauf einstellen müssen. Wenn es Mut erfordern wird, auf eine Demo zu gehen, werden wir hoffentlich auch mutig genug sein, die Wahl unserer Mittel den politischen Verhältnissen und Anforderungen anzupassen - egal mit welchem Gesetz den Besitzenden angesichts des globalen Kriegszustands ihre Innere Sicherheit garantiert werden soll.

Für kraftvolle Versammlungen und unkontrollierbare Räume!



Aufruf Sommerbiwak

Kundusaffäre - tote SoldatInnen - planfreie Bombardieren - Heldengedanken - ramponierte Soldatenmänner und Soldatenfrauen - Ablehnung des Kriegseinsatzes durch die Bevölkerung - Untersuchungsausschüsse - Beerdigungen - 8 Jahre Kriegseinsatz in Afghanistan - volle Bundeswehrkrankenhäuser - sinnloses Gemetzel - Rücktritt des 'Verteidigungsministers' unbekannte, nie genannte afghanische Opfer ...

Das ist kein Widerspruch für die Führung der Bundeswehr, auch in diesem Jahr wieder zu „Europas schönstem Gartenfest“ einzuladen!

„LA LUNA“! Je blutiger das Gemetzel des Krieges, desto romantischer das Motto des Kriegsfestes

Am 07. August 2010 findet das 37. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision statt

Die Bundeswehr sagt:

Unsere ‚1. Panzerdivision der Eingreifkräfte‘ verfügt seit 2009 über eine Stärke von rund 19.000 Soldatinnen und Soldaten: zu 80% Berufs- und Zeitsoldaten. Im Einsatz plant und führt „unsere Erste“ hochintensive, multinationale, vernetzte Operationen weltweit durch: sie ist 2011 Leitdivision in Afghanistan. Wir stellen Kräfte zur deutschen Beteiligung an NATO- und EU-Eingreifkräften bereit.

Aus der Idee, ein Sommerfest für Soldaten der 1. Panzerdivision mit dem zivilen Umfeld zu feiern, hat sich erfreulicherweise eine Traditionsveranstaltung entwickelt, die über einen großen Gästestamm verfügt und einen festen Platz im Terminkalender der Landeshauptstadt Hannover besitzt.

Wir sagen:

Dieser feste Platz im Terminkalender gehört abgeschafft. Die Stadt Hannover ist die einzige Landeshauptstadt, die sich eine Patenschaft mit einer Bundeswehrtruppe leistet. Seit 2 Jahren ist die Stadt sogar Mitveranstalterin des ‚Sommerbiwak‘. Damit verklärt auch Sie, was im offiziellen Jargon „hochintensive, multinationale, vernetzte Operationen“ genannt wird, im Klartext jedoch „militärischer Angriff“ ist.

Keine Feier mit der 1. Panzerdivision!

Kein Frieden mit der Bundeswehr!

Jahrelang hat die Politik behauptet, unsere SoldatInnen kämpften für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte. Inzwischen wird Klartext geredet; nicht nur in den „verteidigungspolitischen Richtlinien“ oder „Weißbüchern“:

In dem von Commerzbank und 1. Panzerdivision initiierten Celler Appell heißt es: „Als rohstoffarmes, exportorientiertes Land ist Deutschland auf Stabilität und Sicherheit angewiesen.“

Und als sich auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, „Verteidigungsminister“ von Guttenberg mit den 30 führenden deutschen Managern traf, sei es vor allem um „sicherheitspolitische Aspekte“ gegangen, etwa um die Sicherheit wich-

tiger Ressourcen wie Öl und Gas, um den Schutz von Handelswegen und natürlich auch um Afghanistan.

Da war es auch kein Fauxpas, als Ex-Bundespräsident Horst Köhler betonte, „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege.“

Diese Interessen weltweit durchzusetzen, bedeutet weltweit Krieg zu führen, ein Krieg, der die Form der Aufstandsbekämpfung annimmt. Diese Form des Krieges ist die mit den höchsten Opferzahlen in der Zivilbevölkerung. Die offizielle Sprache ist verräterisch. Von „Vernichtung der In's“ (Insurgents) redete der deutsche Oberst Klein nach der Bombardierung der Tanklasten. Von „feigen hinterhältigen Anschlägen“ reden die Politiker nach Aktionen gegen das deutsche Militär. Das ist die gleiche Sprache, wie die der Wehrmacht bei der Partisanenbekämpfung. Es ist die gleiche Sprache, wie die der Franzosen in Algerien und es ist die gleiche Sprache, wie die der USA in Vietnam.

Während Politik und Militär den Beginn des Rückzuges aus Afghanistan für das Jahr 2011 behaupten, schaffen sie gleichzeitig zunehmend schweres Kriegsgewehr wie Panzerhaubitzen und Panzerabwehrraketen dorthin. Die Gewaltspirale dreht sich immer schneller: Deutschland führt Krieg am Hindukusch!

Gewöhnung an deutsche Kriegseinsätze

Trotz aller Kritik an deutschen

Kriegseinsätzen: im Alltag betreffen sie uns bisher kaum. Der Krieg ist weit weg. Mit militärstrategischen Debatten wird die Wirklichkeit des Krieges wegrationalisiert.

Und wenn Särge mit toten Soldaten zurückkommen, wird mit Trauerfeiern, Pathos, Heldengedenken und „Dankbarkeit und Anerkennung“ nicht gespart. Kanzlerin und ‚Verteidigungsminister‘ erklären herablassend den Angehörigen der Toten, wie wichtig ihr Tod fürs Heimatland war. „Ruht in Frieden, Soldaten, und seid in Gottes Segen geborgen“, so Guttenberg.



Damit wird versucht, die Bevölkerung auf mehr Tote und härtere Einsätze einzuschwören. Und wer dies kritisiert, wird der Empathielosigkeit oder gar der Menschenverachtung bezichtigt, als seien die KritikerInnen für den Tod in Afghanistan und anderswo verantwortlich.

Ablehnung allein verändert nichts:

> Wer es falsch findet, dass Krieg als ein übliches Mittel der Außenpolitik betrachtet wird, muss etwas dagegen tun.

> Wer für den sofortigen Rückzug der deutschen Soldaten aus ihren weltweiten Kriegseinsätzen ist, sollte dem Ärger öffentlich Gehör verschaffen.

> Wer denkt, dass ein Etat von 31 Milliarden Euro besser für Anderes als Krieg ausgegeben werden sollte, muss auf die Straße gehen!

> Wer nicht will, dass, im Namen aller HannoveranInnen, die Stadtregierung die BW hofiert, muss öffentlich protestieren!

> Wer gegen die kriegerische Normalität ist, muss Widerstand leisten!

Wer schweigt, stimmt zu!

Sagt mit uns als antimilitaristische Bewegung deutlich ‚Nein‘ dazu, dass sich die 1. Panzerdivision in die Öffentlichkeit drängt. Versuchen wir, sie in ihre Kasernen zurückzuverweisen, ihnen die Legitimität zu entziehen.

Wenn der hannoversche Oberbürgermeister in seinem alljährlichen Grußwort zum Sommerbiwak erklärt, dies sei eine aus

gezeichnete Möglichkeit die Beziehungen zwischen Wirtschaft, Militär und Politik zu pflegen und zu verbessern, so hat er recht: hier kommt zusammen, was zusammen gehört. Wenn am 07. August 2010 die 1. PD mit 6000 geladenen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Militär feiern will, dann ist dies unsere Möglichkeit, diejenigen, die von Krieg und Ausbeutung profitieren, mit sichtbarem und hörbarem Protest und Widerstand zu konfrontieren. Sie feiern, damit sie Krieg führen können! Vermiesen wir ihnen ihr Fest! Schluss mit dem Sommerbiwak der 1. Panzerdivision!

Sofortige Aufkündigung der Patenschaft Hannovers mit „der 1.“!

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Kundgebung vor dem HCC 17:30 – 19:00 h

Danach Demonstration in die Stadt

Antimilitaristischer Aktionskreis Region Hannover (AMAK)

Zu den Aktionen rufen auf:

Antifaschistische Aktion Hannover, AK Antimilitarismus, AK Regionalgeschichte, Alerta, Attac Hannover, Avanti Hannover, DKP, DFG-VK Hannover, FAU Hannover, Friedensbüro Hannover, Grüne Jugend, Kino im Sprengel, Die Linke Region Hannover, Linksjugend (solid) Hannover, Radio flora Redaktion International, Rote Aktion Kornstr. (RAK), Schwule Sau, Walpurgisdemo-Bündnis, 762-Antifa, Soli-gruppe Biwak 09



Krimi des Monats „Das München Komplott“:

Ein vergessenes Kapitel deutscher Geschichte

Georg Dengler muss sich entscheiden. Soll er - inzwischen als Privatermittler tätig - den Fall annehmen, den ihm sein ehemaliger Arbeitgeber, das BKA, anbietet? Das BKA bittet ihn, den ehemaligen Zielfahnder, der den Dienst quittiert hat, weil er sich mit der Ausrichtung der polizeilichen Arbeit nicht immer einverstanden erklären konnte, darum, sich 30 Jahre alte, staubige Akten noch einmal anzusehen. Eine wenig spannende Aufgabe, an der der regelmäßige Gehaltscheck noch das attraktivste für ihn zu sein scheint. Was soll er nach 30 Jahren schon groß entdecken, was damals nicht auch schon entdeckt worden wäre? Der abschließende Ermittlungsbericht hat eindeutig festgehalten, dass Gundolf Köhler am 26. September 1980 tatsächlich als Einzeltäter die Bombe auf dem Münchener Oktoberfest zündete, bei der er dann auch selbst ums Leben kam. Doch zwischen Espresso mit warmer Milch, selbstverfassten Horoskopen des verliebten Martin und kulinarischen Hilfestellungen von Mario und seinem legendären Ein-Tafel-Restaurant im Wohnzimmer sowie der Sehnsucht nach der verreisten Olga tauchen dann doch einige Fragen auf: wieso hat sich der Einzeltäter Köhler direkt vor der Explosion noch mit zwei Männern unterhalten und wer waren diese Männer? Und wohin ist der Koffer verschwunden, den Köhler laut Zeug_innenaussagen bei sich hatte und über den sich in den sonstigen Akten nichts finden lässt? Wer hat ihn verschwinden lassen? Sollte der Abschlussbericht tatsächlich von der Sonderkommission und der Generalbundesanwaltschaft frisiert worden sein und wenn ja, aus welchem Grund? Wer hatte damals ein Interesse daran, die Tat von mehreren als Einzeltat erscheinen zu lassen und die Hintermänner verschwinden zu lassen? Wer waren diese Hintermänner? Bald muss Dengler lernen, dass man sich an dem Staub von 30 Jahre alten Akten zuweilen auch heute noch verschlucken kann...

Den Krimi Das München-Komplott von Wolfgang Schorlau zeichnet wieder einmal spannende Krimi-Unterhaltung vor dem Hintergrund zeitgenössischer Gesellschaftskritik aus. Schorlau hat ein Gespür für brisante Themen und stellt seinen Krimi-Figuren gerne Fälle zur Lösung bereit, die sich um aktuelle Themen, wie z. B. den Afghanistan-Krieg oder den Kampf um die knapper werdende Ressource Wasser, drehen. In diesem Fall, der sich scheinbar mit der Vergangenheit befasst, gebührt Schorlau darüber hinaus der Verdienst, das Bomben-Attentat auf das Münchener Oktoberfest am 26. September 1980 ins Bewusstsein zu rufen. Der Krimi ist nichtsdestotrotz auch spannend für Leute, die 1980 noch nicht geboren waren und mensch muss keine Geschichtsversessene r sein, um von den Geschehnissen und ihrer Auflösung in den Bann gezogen zu werden. Der von Faschisten aus dem Kreis der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ begangene Anschlag, in den deutsche Geheimdienste und Organisationen wie die NATO-Geheimarmee Gladio verstrickt waren und bei dem 13 Menschen ums Leben kamen und 220 verletzt wurden - der schwerste Bombenanschlag in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg - wurde bisher auch von Linken in der BRD weitgehend ignoriert und ist im allgemeinen Bewusstsein schlichtweg nicht vorhanden: „Merkwürdig daran war unter anderem, dass dieses Massaker trotz seiner Schwere nicht so sehr ins öffentliche Bewusstsein eingegangen war wie andere Attentate, obwohl diese sich nur gegen einzelne Personen gerichtet hatten: die Ermordung Schleyers und Bubacks, die Attentate auf Herrhausen oder Ponto. Über das Münchener Attentat machte der Filmemacher Heinrich Breloer keine mehrteilige Dokumentation. Die Medien riefen diese Blut-tat nicht immer wieder ins Gedächtnis, wie sie es mit den Verbrechen der RAF taten.“ (S. 48). Das Kalkül der Faschisten, das darauf abzielte, den Linken den Anschlag anzulasten, lehnte sich dabei - in Zeiten des Wahlkampfs von Franz-Josef Strauß - an die „Strategie der Spannung“ an, wie sie von italienischen Faschisten (u.a. mit dem Bombenschlag auf den Bahnhof von Bologna) praktiziert wurde und das in Zeiten der selbstgeschaffenen Unruhe und des Ausnahmezustands den Ruf des Volkes nach einem mächtigen, ordnenden Führer zum Ziel hatte. Der Anschlag verdeutlicht einmal mehr, mit welchen Mitteln und Methoden die herrschenden Eliten bereit sind, ihre



Privilegien und das System von Ausbeutung und Unterdrückung aufrechtzuerhalten und hinterlässt die / den geneigte_n Leser_in garantiert illusionsärmer. Auch wenn die Rahmenhandlung des Krimis dem Genre gemäß selbstverständlich fiktiv ist, werden gekonnt historische Fakten eingearbeitet oder auch das heutige Verhältnis von Faschisten und Geheimdienst thematisiert.

Prädikat: wertvoll, sehr zu empfehlen - trotz seiner recht staatstragenden Haltung manchmal und den „guten Bullen“, die dadurch ihren Auftritt bekommen.

„Das München-Komplott“, Wolfgang Schorlau, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 2009, 8,95 €

Krieg in der Theorie von Linken

Das notwendigerweise herzustellen Verhältnis der Linken zum Krieg wird in dem Buch „Krieg“ der jour fixe initiative berlin aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. In neun kurzen, gut lesbaren Aufsätzen so unterschiedlicher Autor_innen wie beispielsweise Daniel Bensaïd, Wolfgang Kaleck, Raul Zelik oder Elfriede Jelinek werden dabei Aspekte des Krieges wie Feind(straf)recht, sexualisierte Gewalt, Ausnahme- und Normalzustand, der Soldat als Subjekt oder auch das Dilemma sozialrevolutionärer Gewalt in Zeiten der Entgrenzung von Gewalt genauer untersucht. Für alle, die Lust auf die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen antimilitaristischen Positionen haben, ist dieses Buch als Einstieg wärmstens zu empfehlen.

„Krieg“, jour fixe initiative berlin (Hg.), Unrast-Verlag Münster, Februar 2009, ca. 16,-€



Wir Nutzen das Layout-Loch um Euch die Bilder einer großartigen Aktion zu Zeigen:

„Farbe bekennen gegen Kriegswerber, Kriegstreiber und Kriegsverbrecher!“

Die Berufseinsteigermesse in Bad Oeynhausen endete für die Bundeswehr, bevor sie begann.

Kurz vor Beginn der Ausbildungsplatzbörse „Step One“ auf dem AquaMagica-Gelände tränkte eine größere Gruppe Aktivist_innen den Infotruck und einen Militärjeep der Bundeswehrwerber mit literweise blutroter Farbe und bereitete der militärischen Rekrutierung das direkte Aus. Die Fahrerkabine wurde geöffnet und mit „Feuerlöschern“ unter Farbe gesetzt. Danach wurden der Auflieger und das daneben geparkte

Militärfahrzeug innen und außen eingefärbt. Die Reaktion der Soldaten und Soldatinnen war zurückhaltend, nachdem einer Pfefferspray abbekommen hatte. Die AktivistInnen konnten die Szenerie problemlos verlassen.

Auch Spürhunde und ein Helikopter konnten die Antimilitarist_innen nicht finden! Der Werbetruck hat für mehrere Wochen alle Einsätze abgesagt.“

Noch besser bewegt und in Farbe:
<http://vimeo.com/11884261>



Brandanschlag im Stadtpark

Rosenpavillon in Flammen. 100 000 Euro Schaden. Protest gegen Bundeswehr-Biwak?



VON MIRJANA CVJETKOVIC

HANNOVER. Brandanschlag im Stadtpark: Die Täter haben gestern Morgen den Reetdachpavillon im Rosengarten angezündet. Die historische Anlage, die von der ersten Bundesgartenschau aus dem Jahr 1951 stammt, wurde bis auf die Grundmauer zerstört. Der Schaden beträgt 100 000 Euro.

Bereits im vergangenen Jahr hatte ein 23-Jähriger versucht, den Pavillon mit Benzin zu entzünden – das misslang ihm (NP berichtete). Er wollte damit angeblich gegen das alljährliche Sommerbiwak der Bundeswehr protestieren. Die Ermittlungen gegen den 23-Jährigen dauern laut Staatsanwaltschaft noch an.

Jetzt erneut ein Anschlag: Ein Zeuge bemerkte um 1.55 Uhr hellen Lichtschein im Stadtpark und rief die Feuerwehr. Als die Einsatzkräfte eintrafen, brannte der 110 Quadratmeter große Pavillon bereits lichterloh. Flammen und Temperatur waren so stark, dass auch angrenzende Gebäudeteile in Mitleidenschaft gezogen wurden. 28 Feuerwehrleute brachten den Brand zwar unter Kontrolle, konnten den Pavillon aber nicht retten.

„Das ist eine Schande!“, schimpfte Anni Wizski (81) gestern beim Spaziergang im Park. Die Attacke stehe für eine politische Gesinnung anderer, so die Frau eines ehemaligen Offiziers. Das diesjährige Biwak ist für den 7. August geplant. Die Kripo hat Ermittlungen aufgenommen. Sie fand am Brandort ein

07.08. Sommerbiwak angreifen!

antimilitarismus.blogspot.de